

Anhang zu
Schwind/Schwind, Kriminologie und Kriminalpolitik
24. Auflage 2021

Flucht und Migration im Kontext der Gesetzgebung in der
Berichterstattung der (deutschen) Printmedien (2016-2019)

Der Anhang (zitiert im Text des Buches: „A mit Nr.“) beschäftigt sich anhand der Berichterstattung in (deutschen) Printmedien mit der weiteren Entwicklung ab 2016 bis 2019. Diese (narrativ orientierte) Darstellungsweise mag ungewöhnlich erscheinen und wurde (soweit für die Autoren dieses Bandes übersehbar) auch noch nicht praktiziert. Sie schien gleichwohl reizvoll, weil sie geeignet ist, eine Diskussionsgrundlage zu erproben.

Inhalt

I. Meldungen der Printmedien im zeitlichen Rückblick (ab 2015)

1. „Kanzlerdämmerung“

2. Auswahl der berichtenden Printmedien

II. Anschlussmeldungen im Pressespiegel (2016 bis 2019)

III. Das „Migrationspaket“ der GroKo von Pfingsten 2019 als gelöster „gordischer Knoten“?

I. Meldungen der Printmedien im zeitlichen Rückblick (ab 2015)

Die Berichterstattung in den Printmedien (Zeitungen und Zeitschriften) beginnt mit der „Einladung“ der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 4./5. September 2015 (Rdn. 98 zu § 32) und führt über die Verabschiedung des UN-Migrationspaktes („Global Compact on Refugees“) vom 10. Dezember 2018 (in Marrakesch) bis zum „Migrationspaket“ der GroKo von Pfingsten 2019.

Herbst der Macht

Regierung Merkels Flüchtlingspolitik hat das Land gespalten, nun droht die AfD zu einer rechten Volkspartei aufzusteigen. Die Union ruft nach einem Kurswechsel, aber wie der späte Helmut Kohl ist die Kanzlerin gefangen in einem Korsett der Rechthaberei.

aus: DER SPIEGEL 37/2016,10

1. „Kanzler-Dämmerung“

Die „Ära Merkel“ ist eng mit ihrer Flüchtlingspolitik verbunden. DER SPIEGEL titelte Anfang 2016 (37/ 2016, 10) „Herbst der Macht“ (vgl. Ausriss oben).

Seit Merkels Entscheidung vom 4./5. September 2015 verlor sie stetig an Macht und Ansehen; das lässt sich anhand der entsprechenden Medien-Berichterstattung gut belegen. Dazu auf dem exemplarischen Wege nur folgende typische Hinweise:

Christiane Hoffmann erinnerte im SPIEGEL (9/2016, 8) an die „Einladung“ vom 5. September 2015 (dazu Rdn. 13 zu § 33): „Es ist der Tag, an dem Angela Merkel beschließt, ihrer Überzeugung zu folgen, an dem die Pragmatikerin zur Idealistin wird, die ihrer Partei das „C“ predigt. Zum ersten Mal denkt sie nicht vom Ende her“. Nils Minkmar schreibt (im SPIEGEL 12/ 2016, 136): „Lange war die Rolle der Kanzlerin die eines beschützenden, abschirmenden Familienoberhauptes [...] Doch seit der Flüchtlingskrise ist das anders“.

Die Quittung erhielt die Bundeskanzlerin (Merkel) und mit ihr die „Große Koalition“ in der Bundestagswahl vom 25. September 2017: Die beiden Unionsparteien (CDU/ CSU) und die SPD mussten herbe Verluste hinnehmen und die (national-populistisch orientierte) Protestpartei AfD zog mit 94 Abgeordneten in den Deutschen Bundestag ein. Nikolaus Blome kommentierte in der Bild-Zeitung vom 26. September 2016: „Angela Merkel muss sich mit dem Gedanken anfreunden, dass die AfD zu ihrem politischen Erbe gehören wird“.

Ein Jahr später schreibt Dirk Kurbjuweit in einem Leitartikel des SPIEGEL (27/2017, 10) unter der Überschrift „Merkels seltsame Art zu reagieren: „Sie holte spontan Flüchtlinge aus Ungarn ins Land, ohne ein Konzept für eine Flüchtlingspolitik zu haben. Sie setzte plötzlich die Wehrpflicht aus, weil ihr Verteidigungsminister sonst sein Sparziel nicht

erreicht hätte. Sie verordnete dem Land einen Atomausstieg, nachdem sie von den Bildern der Reaktorkatastrophe in Fukushima überwältigt worden war. Bei einem Podiumsgespräch öffnete sie unbedacht einen Weg zur Ehe für alle. Groteske Beispiele für Angela Merkels Art, Politik zu machen“: emotionale (Kriminal-) politik! (vgl. Rdn. 33a zu § 1).

Allerdings sollte man nicht übersehen, dass die Bundeskanzlerin Angela Merkel (mit ihrer Bundesregierung) nach dem Debakel, das die offenen Grenzen ausgelöst haben, versucht hat gegenzusteuern, um die Folgen (ihrer) kriminalpolitischen Fehlentscheidung „kleinzuhalten“ (van Ackeren in Focus 10/2017, 26). So hat die „schwarz-rote Bundesregierung seither immer wieder an den Schrauben des Asyl- und Aufenthaltsrechtes gedreht, (und zwar meist), um sie fester anzuziehen“ (Bielicki in Süddeutsche Zeitung vom 12. Februar 2019, 2).



aus: Focus 45/2018, 28 (vom 3. Nov. 2018)

2. Auswahl der berichtenden Printmedien

Die Auswahl erfolgte rein zufällig. Dass die „Neue Osnabrücker Zeitung“ (NOZ) besonders häufig als Quelle von Nachrichten erscheint, hat mit zwei Umständen zu tun: Beide Verfasser dieses Bandes wohnen in Osnabrück und sind Abonnenten dieser Zeitung: die NOZ wird aber auch im Pressespiegel anderer Medien besonders häufig zitiert.

Weiter verbreitet ist aber die Bild-Zeitung, allerdings auch umstritten. Der frühere BGH-Präsident Thomas Fischer schreibt ihr sogar in seinem Werk „Über das Strafen (München 2018) eine geradezu „dämonische Wirkung“ (S. 256) zu. Auf der anderen Seite darf man nicht verkennen, dass diese Zeitung das Meinungsbild in Deutschland sehr stark beeinflusst und Informationen bereithält (nicht zuletzt zu sozial abweichendem Verhalten), die andere Meinungsträger, nicht bringen, sondern eher verschweigen.

BILD ist das meistzitierte Medium Deutschlands!

Berlin - **Es ist die härteste Währung im politischen Journalismus: mit Exklusiv-Nachrichten von der Konkurrenz zitiert zu werden. Niemandem gelang dies 2018 so häufig wie BILD.**

1203-mal wurde BILD laut des angesehenen Zitate-Rankings von „Media Tenor“ im vergangenen Jahr mit Nachrichten, Berichten, Interviews

etc. von anderen Medien zitiert. Eine klare Meinungsführerschaft vor „Spiegel“ (1098), „New York Times“ (907) und BILD am SONNTAG (895 Zitate). „Süddeutsche Zeitung“ und „Handelsblatt“ belegten die Plätze 5 und 6.

Die meistzitierten politischen Themen: Innere Sicherheit und Flüchtlingspolitik.

NOZ im Ranking auf Rang vier

Bundesweit erneut häufig zitiert

OSNABRÜCK Die Neue Osnabrücker Zeitung zählt weiter zu den meistzitierten deutschen Medienmarken. Im Ranking des Analysedienstes Pressrelations lag die NOZ im Jahr 2018 auf Rang vier der einflussreichsten Redaktionen regionaler Medienhäuser. 1634-mal haben darin ausgewertete andere deutsche Zeitungen und Nachrichtenformate Informationen unserer Redaktion aufgegriffen.

Pressrelations wertet aus, wie häufig Redaktionen in einem Panel meinungsführender Medien als Quelle einer Nachricht genannt werden. Die Häufigkeit gilt als ein Hinweis auf Relevanz, Leistungskraft und bundesweite Ausstrahlung einer Marke. ew

aus: NOZ vom 9. Jan. 2019, 1

NOZ gewinnt europäischen Medienpreis

OSNABRÜCK Die „Neue Osnabrücker Zeitung“ hat beim renommierten Wettbewerb „European Newspaper Award“ eine Auszeichnung für ein herausragendes redaktionelles Konzept und Design erhalten.

aus: NOZ vom 8. Dez. 2018, 1

aus: NOZ vom 9. Jan. 2019, 1

II. Anschlussmeldungen im Pressespiegel

Anschlussmeldungen sind solche, die nach der „Einladung“ der Bundeskanzlerin (BK) Angela Merkel (vom 5. September 2015) in den Printmedien (ab 2016 bis 2019) veröffentlicht wurden: 2015er Nachrichten wurden wegen der Nähe zur „Einladung“ ausgespart, weil es auf mittelfristige Meldungen ankommen sollte.

2016

1. Familiennachzug: 500 000 Syrer erwartet. Ein Sprecher des Innenministeriums bestätigte, dass aktuelle Schätzungen von einem rechnerischen (Nachzugs-) Faktor zwischen 0,9 und 1,2 ausgehen. Die Bundesregierung warnte davor, das Ausmaß des Familiennachzugs zu dramatisieren (NOZ vom 9. Juni 2016, 2).

2. Nur 3 % der Zuwanderer stammen aus den Maghreb-Staaten. Aber jede vierte (registrierte) Straftat eines Flüchtlings geht laut Bundeskriminalamt auf ihr Konto (Bild vom 15. Juni 2016, 2).

3. Fälle sexueller Gewalt in Flüchtlingsunterkünften mehren sich. Zum Opfer werden vor allem Frauen und Kinder. Die Bundesregierung tut nur wenig, um Schutzbedürftigen zu helfen (SPIEGEL 19/2016, 42).

4. Die meisten Hartz IV-Bezieher sind Türken und Syrer. Nach Auskunft der Bundesagentur für Arbeit (BA) bekamen im April 2016 hierzulande 1,541 Millionen Ausländer Hartz IV (404 Euro pro Monat). Aus der Türkei stammten davon 295 260 (BILD vom 2. August 2016, 2).

5. Dämpfer für Merkel: Laut ARD-Deutschlandtrend sind nur noch 47 Prozent der Deutschen mit der Kanzlerin zufrieden. Der CSU-Abgeordnete Peter Ramsauer forderte Merkel zum Kurswechsel auf. „Viele Menschen empfinden es als Provokation, dass die Kanzlerin an ihrem „Wir-schaffen-das-Kurs festhält“ sagte er (NOZ vom 6. August 2016, 1).

6. Deutsche Grenze immer öfter Endstation: Die behördlichen Instrumente in der Flüchtlingskrise tragen bürokratische Namen: Abschiebungen, Zurückweisungen, freiwillige Ausreisen. In den ersten sechs Monaten wurden 13 743 Menschen abgeschoben; in 75 % der Fälle in Balkanstaaten. 30 553 Menschen nutzten in diesem Zeitraum ein Bund-Länder-Programm, das freiwillige Ausreisen fördert (NOZ vom 9. August 2016, 4).

7. Burka-Verbot: Der Scharia-Experte Bassam Tibi wies darauf hin, dass die Scharia im Widerspruch zum Grundgesetz steht. Denn: „Die Scharia lehnt die Gleichstellung von Mann und Frau ab [...] Ein Burka-Verbot wäre eine kluge politische Maßnahme gegen die Abschottung in Parallelgesellschaften, im Sinne von Integration muslimischer Migranten“ (BILD vom 13 August 2016, 2).

8. Hunderte Anwerbeversuche. Der Verfassungsschutz beobachtet mit Sorge die Versuche radikaler Islamisten, unter Flüchtlingen neue Mitstreiter anzuwerben. „Es gibt bislang 340 Fälle, die uns bekannt geworden sind“ (sagte der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz); „Vermutlich gibt es mehr Fälle“ (NOZ vom 15. August 2016, 2).

9. 332 Abschiebungen abgebrochen. Die Abschiebung von Flüchtlingen im Flugzeug scheiterte, weil sich die Betroffenen heftig wehrten. Laut Bundesinnenministerium leisteten Migranten aus folgenden Ländern am häufigsten Widerstand: Eritrea, Gambia, Somalia, Irak, Pakistan und Kamerun (BILD vom 18. August 2016, 1).

10. „Wir schaffen das“ – ein Jahr danach. Im September 2015 hatte Deutschland tausende syrischer Flüchtlinge aus Ungarn aufgenommen. Heute, genau ein Jahr nach dem Satz hat Kanzlerin Angela Merkel aber an Rückhalt verloren. Die Kölner Silvesternacht oder auch die Anschläge von Ansbach und Würzburg erscheinen manchen als Strafe für den Leichtsinns des letzten Sommers (NOZ vom 31. August 2016, 1 und 3).

11. „Die Willkommenskultur lässt nach“. Jeder zweite Deutsche erwartet laut Umfrage von Migranten mehr Anpassung. Rund 60 Prozent der Deutschen ohne Migrationsgeschichte halten für wichtig, „dass wir unsere Identität, Werte und Eigenschaften wieder stärker in den Mittelpunkt rücken“ (Institut für interdisziplinäre Konflikte und Gewaltforschung, zit. in Halberstädter Volksstimme vom 8. Juli 2016, 4).

12. 1 500 minderjährige Verheiratete. Die größte Gruppe stammt aus Syrien (664), Weitere Herkunftsstaaten sind Afghanistan (157), Irak (100) und Bulgarien (NOZ vom 10. September 2016).

13. Merkel übt Selbstkritik nach Berlin Schlappe (BT-Wahl). Kanzlerin Angela Merkel hat unter dem Druck des CDU-Wahldesasters in Berlin (BT-Wahl) Fehler in der Flüchtlingspolitik eingestanden. „Die Wiederholung dieser Situation will niemand, auch ich nicht“. Ihren umstrittenen Satz will sie nicht wiederholen (NOZ vom 20. September 2016, 1).

14: Kinderehen scheiden. Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) will sog. Kinderehen auflösen. Das Ausländerregister verzeichnet im Juli 2016 insgesamt 1475 verheiratete Jugendliche, 361 davon sind jünger als 14 Jahre. In islamischen Ländern kommt es immer wieder vor, dass Eltern ihre minderjährigen Töchter verheiraten (SPIEGEL 44/2016, 22).

15. Asyl. Seit dem Frühjahr 2016 dürfen viele Flüchtlinge aus Syrien ihre Ehepartner und Kinder nicht mehr nachholen. Doch die Gerichte machen da nicht mit. Mehr als 17 000 Flüchtlinge haben dagegen vor den Verwaltungsgerichten geklagt. In 90 % aller Fälle mit Erfolg (SPIEGEL 45/2016, 56).

16. Flüchtlingsstrom übers Mittelmeer nimmt rasant zu. Italien sieht eine neue Flüchtlingswelle aus Nordafrika auf sich zurollen. Viele Menschen wollen vor Einsetzen der Winterstürme das Mittelmeer überqueren. Vor der Küste Siziliens wurden in nur 48 Stunden von Rettungsmannschaften bis zu 11 000 Menschen geborgen. Sie hatten sich mit größtenteils seeuntüchtigen Booten von Libyen auf den Weg in die EU aufgemacht. Alle diese Flüchtlinge kommen aus Ländern südlich der Sahara (NOZ vom 6. Oktober 2016, 4).

17. Frontex, die „Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen“ hat seit 6. Oktober 2016 das Mandat, die rund 14 000 Kilometer europäischer Grenzen und Küsten zu schützen, was nur ein anderes Wort für „dicht machen“ ist. Ab Dezember 2016 soll der vielleicht umstrittenste Arm des EU-Amtes einsatzbereit sein: Die Spezialisten für Rückführungen nehmen ihre Arbeit auf (NOZ vom 7. Oktober 2016, 3).

18. Auf Flüchtlingskrisenmission in Afrika: BK Merkel besucht Mali, Niger und Äthiopien mit dem Ziel einer „Migrationspartnerschaft“, und zwar „im deutschen Interesse“ (NOZ vom 10. Oktober 2016, 2).

19. BK Merkel: Wir müssen Entwicklungsperspektiven auch außerhalb Europas schaffen“. Die Bevölkerung in Afrika werde sich in den nächsten Jahrzehnten verdoppeln (Ostseezeitung vom 17. Oktober 2016, 2).

20. Angst vor steigender Hasskriminalität, die im Vergleich zum Vorjahr um 77 Prozent auf 10 373 Fälle gestiegen ist. Der Anstieg der Hasskriminalität im Internet wird im Abschlussbericht zum Bürgerdialog „Gutes Leben in Deutschland“ auf 176 % beziffert (NOZ vom 26. Oktober 2016, 1).

21. Asylkosten: Mehr Geld für Länder. Bei den Flüchtlingskosten bekommen die Länder eine kräftige Nachzahlung des Bundes. Damit übernahm der Bund auch finanziell die Verantwortung für die langen Asylverfahren im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf). Demnach sollen sie vom Bund 2016 bis 2018 eine Integrationspauschale von jährlich zwei Milliarden Euro erhalten (NOZ vom 3. November 2016, 2).

22. Straftaten gegen Asylunterkünftige nehmen zu: In den ersten zehn Monaten gab es in Deutschland 832 Angriffe auf Flüchtlingsheime (NOZ vom 5. November 2016, 1).

23. Obergrenze rechtlich möglich. Der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts (Hans Jürgen Papier) hält eine Limitierung der Flüchtlingszahlen durch eine Obergrenze für rechtlich möglich und politisch notwendig (Welt am Sonntag vom 6. November 2016, 1).

24. Richter hebeln schärfere Asylgesetze aus. Asylbewerber überziehen deutsche Gerichte mit einer Klagewelle. Sie wehren sich dagegen, dass ihnen das BAMF nur den sog. „subsidiären Schutz“ gewähren will – und damit die Möglichkeit einschränkt, innerhalb der nächsten zwei Jahre ihre Familien nach Deutschland nachzuholen. 23 000 der 100 000 Asylklagen stammten von Syrern, die in 76 % der Fälle Recht bekamen (BILD vom 19. November 2016, 1).

25. Zum Jahreswechsel schickt die Kölner Polizei mehr als 1500 Beamte in den Einsatz – mehr als zehnmal so viele wie 2015. Hinzu kommen vor Ort rund 300 Bundespolizisten. In Bahnhöfen und Zügen werden in Nordrhein-Westfalen weitere rund 800 Beamte der Bundespolizei unterwegs sein (NOZ vom 13. Dezember 2016, 2).

26. „Unter Niveau“. Schulen testen erstmals das Wissen junger Zuwanderer. Danach liegt der Anteil der Analphabeten in der Altersgruppe der 11-15jährigen bei 9 Prozent, bei den 16 bis 20jährigen sind es 13 Prozent (DER SPIEGEL 49/2016, 52).

27. Tafel-Verbandschef Brühl im Interview mit der NOZ: „Wir haben zeitweise 280 000 Flüchtlinge mit Lebensmitteln unterstützt. Zurzeit sind es etwa 220 000 (NOZ vom 24. Dezember 2016, 13).

28. Freiwillige Rückkehr statt Abschiebung: wird von der Bundesregierung bzw. vom BMI durch ein spezielles Programm „Starthilfe plus“ finanziell gefördert (Süddeutsche Zeitung vom 28. Dezember 2016, 1).

29. CSU fordert für 2017 in einem Positionspapier u.a., im Mittelmeer gerettete Flüchtlinge sofort nach Nordafrika zurückzuschicken. „Wir wollen den Automatismus durchbrechen, dass alle geretteten Menschen nach Europa gebracht werden“. Die Menschenrechtsorganisation „Pro Asyl“ nannte den Vorstoß einen „Frontalangriff“ auf die Geltung der Menschenrechte in Europa“ (NOZ vom 30. Dezember 2016, 2).

2017

30. 2016 kamen 320 000 Flüchtlinge nach Deutschland. Mehrfacherfassungen sind aber nicht auszuschließen (NOZ vom 9. Januar 2017, 2).

31. Eine Gruppe junger Männer (sechs Syrer, ein Libyer) sollen in einer Berliner U-Bahn-Station einen Obdachlosen angezündet haben. Die Tatverdächtigen sind zwischen 15 und 21 Jahre alt und sollen 2014 und 2016 als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sein. Identifiziert wurden sie über eine Videoüberwachung. Ermittelt wird wegen gemeinschaftlichen versuchten Mordes (NOZ vom 28. Dezember 2016, 1).

32. Viel Lob für den Kölner Polizeieinsatz an diesem Silvester. Am Abend hatte die Polizei mehrere Hundert Nordafrikaner eingekesselt, die am Hauptbahnhof angekommen waren. Die Nordafrikaner hatte die Polizei öffentlich als „Nafris“ bezeichnet, eine bisher interne Bezeichnung für Intensivtäter aus Nordafrika. Den Vorwurf der Grünen, der erfolgreiche Einsatz sei mit einem „racial profiling“ verbunden gewesen, wies der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel als „absurd“ zurück (FAZ vom 3. Januar 2017, 1).

33. Auch Amnesty international warf der Kölner Polizei „Racial Profiling“ vor, mit dem die Polizei gegen das im Grundgesetz verankerte Diskriminierungsverbot verstoßen habe (NOZ vom 3. Januar 2016, 2). Mit „racial profiling“ sind Kontrollen, Razzien oder polizeiliche Befragungen gemeint, deren Anlass kein Tatverdacht ist, sondern nur die Hautfarbe einer Person oder ihre Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe (Süddeutsche Zeitung vom 3. Januar 2017, 5).

34. Die Karawane des Elends ist nicht zu stoppen. Schiffe und Boote mit 180 000 Flüchtlingen kamen im Vorjahr (2016) meist von Libyen aus an den Küsten der EU an. 400 000 wurden durch Marine-Schiffe unter europäischer Fahne gerettet. 4500 ertranken (NOZ vom 26. Januar 2017, 4).

35. Afghanistan-Abschiebung kostet 350 000 Euro. Ein Sammelflug, mit dem am Dienstag (24. Januar 2017) 25 junge Afghanen in ihre Heimat abgeschoben wurden, kosteten nach Bild-Informationen 350 000 Euro. Mit an Bord waren: 79 Polizisten, ein Dolmetscher, Ärzte, drei Mitglieder einer Anti-Folter-Kommission sowie ein Beamter der EU-Grenzschutz Frontex (BILD vom 27. Januar 2017, 1).

36. Schlag gegen islamistischen Terror. Mehr als 1000 Polizisten durchsuchten zahlreiche Gebäude und Moscheen in Hessen. Damit wollen sie ein salafistisches Netzwerk zerschlagen. Schwerpunkt war das Rhein-Main-Gebiet (NOZ vom 2. Februar 2017, 2).

37. Vier Milliarden für junge Migranten? Die Kosten für die Unterbringung unbegleiteter minderjähriger Asylbewerber liegen im laufenden Jahr bei 3,95 Milliarden Euro. Der bundesweit durchschnittliche Tagessatz beträgt 175 Euro, also 5 250 Euro monatlich (NOZ vom 2. Februar 2017, 2).

38. In der Endlosschleife. Ende 2016 lebten 153 000 Geduldete in Deutschland. Ausländern, die seit acht Jahren geduldet sind, soll unter bestimmten Bedingungen ein dauerhaftes Bleiberecht gewährt werden. Die Bedingungen: die Antragssteller sollten deutsch sprechen, ihren Lebensunterhalt „überwiegend“ selbst sichern und nicht straffällig geworden sein. Wer das nicht erfüllt, fällt durch (SPIEGEL 8/2017, 36).

39. SPD: Flüchtlinge zurück nach Afrika. Nach der Union plädiert auch die SPD dafür, im Mittelmeer gerettete Migranten in Nordafrika unterzubringen. Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Oppermann schrieb in der Allgemeinen Sonntagszeitung: „Um die Schleuserbanden wirksamer zu bekämpfen, müssen wir ihnen die Geschäftsgrundlage entziehen, indem die im Mittelmeer geretteten Flüchtlinge wieder zurückgebracht und zunächst in Nordafrika versorgt und betreut werden“ (NOZ vom 6. Februar 2017, 2).

40. 6 309 Flüchtlinge in Fernbussen aufgegriffen. Die Bundespolizei greift nach wie vor Tausende illegaler Einwanderer in Fernbussen aus dem Ausland auf. 2016 setzten die Grenzfahrer insgesamt 6 309 Personen fest (2015: 7 696). In Österreich sollen Bus- und Bahnlinien sowie Taxifahrer verpflichtet werden, selbst zu kontrollieren, wer mit ihnen nach Österreich einreist. Sonst drohen Strafen bis zu 15 000 Euro. Zudem sollen die Unternehmen die Kosten für die Rückführung der illegal Eingereisten übernehmen (BILD vom 6. Febr. 2017, 1).

41. Bewährungsstrafe für Sozialbetrüger. Mit sieben Namen 21 701 Euro abkassiert. Der Täter, ein Sudanese, reiste im Juni 2014 nach Deutschland und meldete sich unter falschen Namen in verschiedenen Kommunen um dort im Schnitt 330 Euro abzukassieren (Bild vom 7. Februar 2017, 3).

42. Ziel: Mehr Abschiebungen. Bund und Länder einig – 15 Punkte-Papier verabschiedet. Von einem verlängerten „Ausreisegewahrsam“ ist da die Rede und von „schnellen Abschiebungen, möglichst direkt aus der Erstaufnahmeeinrichtung“. In einem Punkt sind

sich Bund und Länder einig: Die Zahl der Abschiebungen und freiwilligen Ausreisen soll drastisch erhöht werden (NOZ vom 10. Februar 2017, 2).

43. Kostenberechnungen: Würden 2017 alle Ausreisepflichtigen per Flugzeug außer Landes gebracht werden, würden nach Berechnungen der Bundesländer 2,5 Milliarden allein für die Charterflieger fällig. Dazu kämen noch die Kosten für Begleit- und Bewachungspersonal (BILD vom 10. Februar 2017, 2).

44. Kritik an den Rettungseinsätzen von privaten Hilfsorganisationen vor der libyschen Küste äußerte der Direktor der EU-Grenzschutzagentur Fabrice Leggeri. Die Geschäfte der kriminellen Netzwerke und Schlepper in Libyen dürften nicht noch dadurch unterstützt werden, „dass die Migranten immer näher an der libyschen Küste von europäischen Schiffen aufgenommen werden“. Das führe dazu, dass Schleuser noch mehr Migranten als in den Jahren zuvor auf die seeuntauglichen Boote zwingen. Politiker von SPD und Grünen und die Organisation Ärzte ohne Grenzen wiesen die Äußerungen zurück (NOZ vom 28. Februar 2017, 4).

45. Gebetsteppich-Verbot an Gymnasium. An einem Wuppertaler Gymnasium wies die Direktorin ihr Kollegium an, muslimischen Schülern „provokierendes Beten“ zu verbieten. Die Bezirksregierung gab der Direktorin recht. Der Schulfrieden sei gefährdet, weil Schüler sich bedrängt gefühlt hätten (BILD vom 2. März 2017, 2).

46. 47 000 Unterschriften für die Aufnahme von mehr Flüchtlingen aus Griechenland lautet die Forderung von „Pro Asyl“ und der Osnabrücker Initiative „50 aus Idomeni“ (NOZ vom 3. März 2017, 18).

47. Import-Imame. Der Leiter des Gesprächskreises der CSU-Landesgruppe der CSU-Abgeordnete Alexander Radwan, fordert, Deutschland solle seinen Vertrag mit dem türkischen Staat über die Zusammenarbeit mit der „Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion“ (DITIB) aufkündigen. Das „System der staatlich gelenkten DITIB in Kombination mit den Import-Imamen führe nicht zur Integration in die deutsche Gesellschaft“. In Deutschland betreibt die Organisation etwa 1000 Moscheen, ihre Imame unterstehen der Regierung in Ankara (Focus 9/2017, 18).

48. Irgendwo in Afrika. Im Wahljahr setzt Merkel auf Abschottung. Das Ziel: Flüchtlinge sollen keinen europäischen Boden betreten. Doch ihr Plan für Auffanglager in Nordafrika stockt. Willkommenskultur war gestern: Merkel will im September wieder gewählt

werden, eine neue Flüchtlingswelle kann sie da nicht brauchen. Nach Schätzungen warten in Libyen bis zu 500 000 Migranten auf eine Überfahrt. Aber innerhalb der Bundesregierung regt sich Widerstand (SPIEGEL 9/2017, 36).

49. Mehr deutsche Dschihadisten. Die Zahl der Islamisten, die aus Deutschland in den Terrorkampf nach Syrien oder in den Irak gezogen sind, ist weiter gestiegen. Danach zählt das Bundesamt für Verfassungsschutz inzwischen mehr als 910 ausgewanderte Dschihadisten, rund ein Fünftel davon sind Frauen, mehr als die Hälfte besitzen die deutsche Staatsbürgerschaft (NOZ vom 6. März 2017).

50. Zeit der Wut – Griechenland. Vor knapp einem Jahr wurden in Griechenland „Hotspots“ für Flüchtlinge eingerichtet. Auf Inseln wie Lesbos wirken sie wie Gefängnisse (SPIEGEL 9/2017, 95).

50. Doppelpass-Debatte. CSU fordert Rückkehr zum Optionsmodell. Die Öffnung der Mehrfach-Staatsbürgerschaften habe „keinen Beitrag zur Integration geleistet“, sagte der Staatssekretär im Bundesinnenministerium Günter Krings der „Rheinischen Post“. Die CSU forderte gar ein Ende des Doppelpasses (NOZ vom 13. März 2017, 1).

51. Pro Optionsmodell. „Die Argumente gegen die doppelte Staatsbürgerschaft sind (im Streit mit Ankara) noch einmal deutlicher und sichtbarer geworden. Ich halte das Optionsmodell für sinnvoller, wonach in Deutschland geborene Kinder von Migranten mit 21 Jahren sagen müssen, welche Staatsangehörigkeit sie haben wollen (so der CDU-Außenpolitiker Norbert Röttgen im SPIEGEL-Interview, 11/2017, 19).

52. Erdogan-Appell: „Zeugt mehr Kinder“. Staatspräsident Erdogan hat seine in der EU lebenden Landsleute aufgefordert, ihren Einfluss auszuweiten und mehr Kinder zu zeugen. „Macht nicht drei, sondern fünf Kinder, denn ihr seid die Zukunft Europas. Das wird die beste Antwort sein, die ihr auf die Unverschämtheiten, Feindseligkeiten und Ungerechtigkeiten, die man euch antut, geben könnt“ (NOZ vom 18. März 2017, 2).

53. Hohe Kosten durch junge Flüchtlinge. Die Versorgung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge wird nach Schätzungen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes im laufenden Jahr zwischen 4 und 4,8 Milliarden kosten (NOZ vom 3. April 2017, 2).

54. Mehr Straftaten durch Zuwanderer. Durch Straftaten von Zuwanderern hat die Gewaltkriminalität laut „Zeit“ und „Zeit online“ 2016 zugenommen. In Bayern waren

demnach von allen registrierten Gewalttätern 20 Prozent Zuwanderer, in Baden-Württemberg 18,5 Prozent, in Nordrhein-Westfalen 12,1 Prozent, in Niedersachsen 10,8 Prozent. Fast alle Bundesländer haben laut „Zeit“ übereinstimmend bestätigt, dass ohne die Straftaten von tatverdächtigen Zuwanderern, die Gewaltkriminalität 2016 nicht zugenommen hätte (NOZ vom 20. April 2017, 2).

55. Aktuell verläuft die Integration von Flüchtlingen nach IAB-Einschätzung (Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) „erwartungsgemäß“: Von den im Jahr 2015 nach Deutschland gekommenen erwerbsfähigen Asylbewerbern waren danach bis Mitte 2016 rund zehn Prozent erwerbstätig. Allerdings wurden bei der Zählung auch Flüchtlinge in bezahlten Praktika mitgezählt. Rechnet man diese heraus, lagen die Quoten um ein Drittel bis um die Hälfte niedriger, räumt das IAB ein (NOZ vom 21. April 2017, 7).

56. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund plädiert für eine Schulpflicht bis zum Alter von 25 Jahren für junge Flüchtlinge, die Analphabeten sind. Der Philologenverband hält Schulklassen mit einem Migrantanteil von über 35 % für problematisch (NOZ vom 25. April 2017, 2).

57. Gewerkschaft fordert mehr Polizisten. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat angesichts der „alarmierenden Zunahme von Gewalttaten in Deutschland Bund und Länder aufgefördert, das Personal bei den Sicherheitskräften und in der Justiz massiv aufzustocken. Um das Sicherheitsgefühl der Bürger zu verbessern, müssten deutlich mehr Polizistinnen und Polizisten sichtbar auf der Straße unterwegs ein“, sagte der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow im Gespräch mit unserer Redaktion (NOZ vom 25. April 2017, 2).

58. Burka-Verbot für Beamtinnen. Künftig gilt ein Vollverschleierungsverbot für Richterinnen, Beamtinnen und Soldatinnen. Mit den Stimmen der Koalition verabschiedete der Bundestag die Regelung, die das Tragen von Burka und Nikab bei der Dienstausbübung sowie bei Tätigkeiten „mit unmittelbarem Dienstbezug“ untersagt. Außerdem wird mit dem Gesetz geregelt, dass das Zeigen des Gesichts durchgesetzt werden kann, wenn es für die Identifizierung einer Person notwendig ist. Ein generelles Burka-Verbot im öffentlichen Raum wie in Frankreich gibt es mit der neuen Regelung aber nicht (NOZ vom 29. April 2017, 2).

59. Integrationskurse: 2016 haben 246 125 Zuwanderer (davon 64 752 aus der EU) an Integrationskursen teilgenommen. Nach 600 Stunden Deutschunterricht und 100 Stunden über deutsche Werte, die Geschichte der Bundesrepublik und das Grundgesetz machen die

Flüchtlinge einen Sprachtest sowie eine Prüfung mit dem Titel „Leben in Deutschland“ (SPIEGEL 19/2017, 34 ff).

60. Zahl islamistischer „Gefährder“ steigt. Derzeit kennen die Sicherheitsbehörden 657 gefährliche Personen, denen man hierzulande einen Terroranschlag zutraut. Das geht aus Zahlen des BKA hervor. Seit Beginn des Syrien-Konflikts hat sich die Zahl laut BKA vervierfacht. Hinzukommen 388 „relevante Personen“, also mögliche Helfer und Unterstützer von terroristischen Anschlägen. Der Begriff des „Gefährders“ ist rechtlich nicht definiert (NOZ vom 4. Mai 2017, 2).

61. Suizidversuche von Flüchtlingen nehmen zu. In Niedersachsen wurden 2016 50 Fälle bekannt, in Bayern 162. Hauptherkunftsländer waren in Niedersachsen, Afghanistan und Syrien. Hauptauslöser waren „akute Psychosen“, psychische Probleme bzw. Depressionen (NOZ vom 17. Mai 2017, 1 und 5).

62. Asylrecht erneut verschärft. Der Bundestag beschloss gestern einen Gesetzentwurf der Bundesregierung, der sich auf Abschiebehaft, Fußfessel und Handy-Durchsuchungen bei Flüchtlingen bezieht (NOZ vom 19. Mai 2017, 2).

63. Kinderehe: Union und SPD haben sich bei den umstrittenen „Kinderehen“ geeinigt. Eheschließungen zwischen Partnern unter 18 Jahren sind in Deutschland künftig ausnahmslos verboten. Ehen minderjähriger Flüchtlinge müssen die Jugendämter zwingend den Gerichten melden. War ein Partner bei der Heirat jünger als 16, soll die Ehe pauschal nichtig sein. Zwischen 16 und 18 müssen die Gerichte prüfen, ob ein Härtefall vorliegt und die Ehe ausnahmsweise wirksam ist (DER SPIEGEL 21/2017, 22).

64. Bundeswehr weiterhin im Mittelmeer aktiv. Das Kabinett billigte die Mandatsverlängerung für die EU-Mission „Sophia“ in den Gewässern zwischen Libyen und Italien sowie für die UN-Mission „UNIFIL“ vor der libanesischen Küste. Laut Verteidigungsministerium wurden seit August 2016 durch Hinweise der Sophia-Mission 112 mutmaßliche Schleuser festgenommen (NOZ vom 26. Mai 2017, 2).

65. Kaum qualifizierte Flüchtlinge. Nur 15 Prozent auf Fachkraftniveau. „Die Hoffnung, der Fachkräftemangel könne kurzfristig durch Flüchtlinge zu beheben sein, hat sich in Luft aufgelöst“, sagte Bärbel Höltzen-Schoh, die Vorsitzende der Agentur für Arbeit in Niedersachsen und Bremen am Montag in Hannover. Viele verfügten nur über marginale oder gar keine Schulbildung. Zudem klafften die Selbst- und Fremdeinschätzung der

eigenen Fähigkeiten oft auseinander. Selbst die Hoffnung einiger Unternehmen auf Eignung von Flüchtlingen für Helfertätigkeiten habe sich als „Illusion“ herausgestellt (NOZ vom 30. Mai 2017 1).

66. Gravierende Mängel bei Asylentscheidungen. In Deutschland sollen zehntausende Asylentscheidungen aus den vergangenen beiden Jahren überprüft werden. Überprüft werden sollen Entscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zu Flüchtlingen aus den Herkunftsländern Syrien und Afghanistan (NOZ vom 1. Juni 2017, 2).

67. Prag stellt sich gegen EU. Tschechien verweigert Aufnahme umverteilter Flüchtlinge Das Land werde definitiv keine Migranten mehr im Rahmen des EU-Umverteilungsprogramms aus Italien und Griechenland aufnehmen. Zur Begründung hieß es, das System funktioniere nicht. Das Land hatte 2015 ebenso wie Ungarn, Rumänien und die Slowakei gegen die Flüchtlingsquoten gestimmt, sich aber zunächst bereiterklärt, sie dennoch zu erfüllen

68. Viele Asylentscheider offenbar nicht qualifiziert. 454 Entscheider haben keine relevante Weiterbildungsmaßnahme absolviert (NOZ vom 6. Juni 2017, 2).

69. Scheinschwangerschaften als Geschäft. Schwangere Frauen aus dem Ausland bekommen offenbar immer häufiger kriminelle Angebote von deutschen Männern: Vaterschaft anerkennen gegen Bezahlung. Denn so bekommen die Frauen ein Bleiberecht, die Kinder automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft. Bundesweit geht das Bundesinnenministerium von rund 500 Fällen im Jahr aus. Bundestag und Bundesrat haben jetzt ein Gesetzespaket verabschiedet, das solches Vorgehen verbietet (Bild vom 7. Juni 2017, 1 und NOZ vom 7. Juni 2017, 2).

70. Syrer ersticht Flüchtlingsberater, der noch vor Ort stirbt (Ostsee-Zeitung vom 9. Juni 2017, 8).

71. Strafverfahren gegen die Blockierer. Streit über Verteilung von Flüchtlingen: EU-Kommission geht gegen Polen, Tschechien und Ungarn vor – mit einem Vertragsverletzungsverfahren. In Warschau und Budapest weigert man sich bisher hartnäckig auch nur einen einzigen Flüchtling aufzunehmen, obwohl laut Verteilungsschlüssel 6 100 beziehungsweise 1 290 vorgesehen waren. Prag akzeptiert

gerade mal zwölf Hilfesuchende; eigentlich sollten es 2 679 sein (NOZ vom 14. Juni 2017, 2).

72. Heimatreisen nehmen zu. Der Schutz für Flüchtlinge erlischt nicht automatisch, wenn sie freiwillig in das Land reisen, aus dem sie aus Angst vor Verfolgung geflohen sind. Die Zahl solcher Reisen kann weder das BAMF noch die Bundespolizei beziffern. „Handelt es sich um Reisen zu Urlaubszwecken, kann dies aber Indiz dafür sein, dass bei dem Flüchtling keine Angst vor Verfolgung vorliegt“ (NOZ vom 16. Juni 2017, 2).

73. Keine Chance für Ali. Menschen mit einem ausländischen Namen haben es in Deutschland deutlich schwerer eine Wohnung zu finden (NOZ vom 23. Juni 2017, 2).

74. Tödliches Dilemma. Es wird Sommer. Zeit für die Flucht. Zehntausende Afrikaner machen sich auf den Weg über das Mittelmeer nach Europa. Die Hilfsorganisationen sind es, die einen Großteil der Migranten von den Booten holen und dann wie im Shuttledienst nach Italien bringen. Jeder, der Italien erreicht, wird seine Familienangehörigen anrufen und ihnen erzählen: „Sea-Watch ist nach zwölf Meilen da, ihr könnt nachkommen.“ In einer Analyse der EU-Grenzschutzagentur heißt es, dazu: Die Migranten „wagen die gefährliche Überfahrt, weil sie von der humanitären Hilfe wissen und sich darauf verlassen“ (SPIEGEL 25/ vom 17. Juni, 94).

75. Minister kritisieren Retter im Mittelmeer. In der Flüchtlingskrise flammt erneut scharfe Kritik an privaten Seenotrettern im Mittelmeer auf. Einige Hilfsorganisationen kooperierten direkt mit Schlepperbanden vor der libyschen Küste, sagte Österreichs Innenminister Wolfgang Sobotka der „Bild“-Zeitung. Der Wiener Minister forderte Strafen für die Helfer. Im Mittelmeer fahren derzeit gut zehn Hilfsorganisationen, darunter „Ärzte ohne Grenzen“ (NOZ vom 19. Juli 2017, 2).

76. Abschiebung von Gefährdern ist rechtmäßig. Das Bundesverfassungsgericht billigte in einem am Donnerstag veröffentlichten Beschluss die schärfere Gangart der Sicherheitsbehörden. Die zugrunde liegende Regelung im Aufenthaltsgesetz (§ 58a) sei mit dem Grundgesetz vereinbar, heißt es in der Entscheidung aus Karlsruhe. Der Paragraph ermöglicht es den Innenministerien, Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit „zur Abwehr einer besonderen Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder einer terroristischen Gefahr“ ohne Vorwarnung abzuschicken (NOZ vom 28. Juli 2017, 2).

77. AfD: Individuelles Asylrecht streichen: Die AfD will das Asylrecht in seiner bisherigen Form abschaffen. Außerdem sollen in Nordafrika „Asylzentren“ eingerichtet werden, „wo wirklich Schutzbedürftige mit gültigen Papieren einen Asylantrag stellen dürfen“. Sollten die betroffenen nordafrikanischen Staaten nicht mitmachen, sollte ihnen die Entwicklungshilfe gestrichen werden (Süddeutsche Zeitung vom 22. August 2017, 5).

78. In die Balkanroute kommt wieder Bewegung. Neue Routen über das Schwarze Meer nach Bulgarien und Rumänien – und erneut nach Griechenland. Wegen des mehrfach verstärkten Grenzzaunes zwischen Ungarn und Serbien scheint vermehrt auch Rumänien zum Transitland für Schleppertransporte zu mutieren (NOZ vom 25. August 2017, 3).

79. Fluchtursachenbekämpfung ist Mogelpackung, sagte die Präsidentin des evangelischen Hilfswerks, Cornelia Füllkrug-Weitzel, gestern in Berlin. Die Maßnahmen der Bundesregierung in Afrika würden aus Sicht von „Brot für die Welt“ vor allem der Abschreckung von Flüchtlingen dienen (Nordsee-Zeitung vom 1. September 2017, 4).

80. Osteuropa muss Flüchtlinge aufnehmen. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am Mittwoch eine Klage Ungarns und der Slowakei gegen die Umverteilung von Flüchtlingen abgewiesen. Die Länder müssen die Verpflichtungen „voll übernehmen“ (DIE WELT vom 7. September 2017, 2).

81. Abkommen mit der Türkei zeigt Wirkung. Das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei hat den Zuzug von Migrantinnen nach Angaben der EU deutlich reduziert. Seit dem Abschluss im März vergangenen Jahres seien 91 Prozent weniger Flüchtlinge in der EU angekommen, sagte Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos (Ostsee-Zeitung vom 7. September 2017, 4).

82. Die Alleskanzlerin. Die Flüchtlingskrise war die Zäsur in Angela Merkels Kanzlerschaft. Sie verschärfte später Zug um Zug ihren Kurs. Den humanitären Akt, Anfang September 2015, die Grenzen offen zu halten, verteidigt sie bis heute (Focus 37/2017, 20).

83. Migrationszentrum in Marokko eröffnet. Deutschland und Marokko haben in Casablanca ein Beratungszentrum für Rückkehrer aus Deutschland eröffnet. Die Mitarbeiter sollen ihnen bei der Jobsuche helfen und die lokale Bevölkerung beraten, so das Bundesentwicklungshilfeministerium (NOZ vom 15. September 2017, 2).

84. Türkei kassiert im Oktober 78,7 Millionen Euro für Flüchtlings-Deal. Die Bundesregierung will im Oktober weitere 78,7 Millionen Euro im Rahmen des Flüchtlings-Deals an die Türkei auszahlen. Damit steigt die Summe der deutschen Zahlungen an Ankara auf 314,6 Millionen Euro. Die EU hatte sich verpflichtet, der Türkei drei Milliarden Euro zu zahlen. Zwei Milliarden davon übernehmen die EU-Länder. Deutschlands Gesamtanteil beträgt 427,5 Millionen Euro (Bild vom 20. September 2017, 1).

85. Ein-Euro-Jobs für Flüchtlinge floppen. Kommunen: Programm geht an Realität vorbei. Der Geschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg, dazu: „Viele zu uns gekommene Flüchtlinge haben Interesse an Beschäftigungen, bei denen sie ein höheres Einkommen erzielen, als das bei den Ein-Euro-Jobs der Fall ist“ (NOZ vom 16. September 2017, XI).

86. Integriert und vergessen. Aussiedler haben bisher vor allem die Union gewählt. Sie sorgen sich um „ihr“ Deutschland und fühlen sich in Konkurrenz zu den Flüchtlingen von heute. Aussiedler wählten mit überwiegender Mehrheit CDU und CSU. Jetzt nicht mehr. Das habe viel mit der Flüchtlingskrise zu tun, mit dem Zustrom, der Angela Merkel übelgenommen wird. „Es kommt eine neue Gruppe und es wächst die Sorge, dass die mehr bekommen als sie selbst“, sagt ein Betroffener. Einige, die aus muslimisch geprägten Staaten stammen, wie Kasachstan, hätte überdies schlechte Erfahrungen mit Muslimen gemacht (Süddeutsche Zeitung vom 30. September/ 1. Oktober 2017, 7).

87. Spätaussiedler wählen AfD, oder? Dort, wo viele Russlanddeutsche wohnen, schneidet die AfD in Wahlen oft gut ab (NOZ vom 12. Oktober 2017, 1 und 5).

88. Spenden für Flüchtlinge brechen ein. Zehnmal weniger als 2015. Projekte stehen vor dem Aus (NOZ vom 23. Oktober 2017, 32).

89. Auf einer Webseite beschreibt die Bundesregierung, wie sie Migranten abhalten will. Unter der Rubrik „Was Migranten wissen müssen“ fragt das Auswärtige Amt, ob das Leben in Europa einfach sein wird – und gibt selbst die Antwort: Nein. Die Wirklichkeit sehe anders aus, als viele erzählten. Asylbewerber müssten in Massenunterkünften leben, während sie auf eine Entscheidung im Asylverfahren warteten. Viele erhielten keinen Schutz, müssten Deutschland verlassen und kämen ohne Geld in die Heimat zurück. Nach Angaben des Auswärtigen Amtes sollen

damit gängige, von Schleusern ins Netz gestreute, Gerüchte widerlegt werden (FAZ vom 24. Oktober 2017, 6).

90. Viele Flüchtlinge drohen zu scheitern. Grund: Schlechte Deutschkenntnisse. Ein Fünftel der Ausbildungsverträge im Handwerk (seit 2016) wurden inzwischen wieder gelöst. Die Betriebe nannten dafür folgende Gründe: Lehre nicht angetreten, Probezeit im beiderseitigen Einverständnis gelöst (NOZ vom 28. Oktober 2017, 1 und 9).

91. Auch, wenn Merkel sich in eine vierte Regierung retten kann: Ihre Macht schmilzt. Mit der fahrlässigen Flüchtlingspolitik vor zwei Jahren und der bis nach dem Wahldebakel starrsinnig wiederholten Behauptung, sie habe nichts falsch gemacht, verprellte sie viele Unionswähler und begünstigte den Aufstieg einer Rechtsaußenpartei (Stuttgarter Zeitung, zit. nach NOZ vom 27. November 2017, 3).

92. De Maiziere will über Kirchenasyl reden. Die Zahlen seien höher als erwartet. Zwischen August 2016 und Oktober 2017 seien dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) 1 690 Fälle von Kirchenasyl für 22 225 Personen gemeldet worden. Ein Fall kann mehrere Menschen umfassen, etwa die Mitglieder einer Familie. Der Minister kündigte Gespräche von Bund und Ländern mit den Kirchen an. Kirchenasyl müsse, „wenn überhaupt, immer nur Ultima ratio sein, ein letztes Mittel“ (NOZ vom 12. Dezember 2017, 2).

93. Die Einschläge kommen näher. „Sprechen wir es in aller Deutlichkeit aus: Waren es jahrzehntelang vornehmlich Neonazis, die eine Gefahr für Juden darstellten, sind es nun auch arabische und türkischstämmige Migranten“. Besonders krass gehe es offenbar an Schulen zu. „Du Jude“ sei dort ein weit verbreitetes Schimpfwort, heißt es im aktuellen Bericht des Expertenkreises Antisemitismus für den Bundestag (SPIEGEL 51/2017, 35).

94. Importierte Antisemiten. Zur notwendigen Ehrlichkeit gehört die Beobachtung, dass die zunehmende Aggressivität gegen Mitbürger jüdischen Glaubens vorwiegend von muslimischen Zuwanderern verursacht wird. Die vielen Schlagzeilen über „wachsenden Antisemitismus in Deutschland“ diffamieren die deutschen Bürger und vernebeln das wirkliche Problem: Der neue Judenhass ist importiert. Im Zuge der aktuellen Völkerwanderung sind viele junge Männer aus arabischen Staaten in unser Land gekommen, die in ihrer Heimat zum Hass auf Juden und auf Israel erzogen worden sind (Helmut Markwort in Focus 5/2018, 134).

2018

95. Zahl der Einbürgerungen steigt. Bundesweit wurden 2016 rund 110 000 Ausländer eingebürgert (Nds. Innenmin., zit. nach NOZ vom 2. Januar 2018, 7).

96. Studie belegt: Kriminalität nimmt durch Flüchtlinge zu. Das geht aus einer Studie im Auftrag des Bundesfamilienministeriums hervor. Prof. Dirk Baier aus Zürich und die hannoverschen Kriminologen Prof. Christian Pfeiffer und Sören Kliem stellten fest, dass die Zunahme der Gewaltkriminalität in den Jahren 2015 und 2016 um 10,4 Prozent zu 92 Prozent auf Straftaten von Flüchtlingen zurückzuführen war. Baier hebt hervor, dass vor allem junge Männer zwischen 14 und 30 Jahren bei Gewalt und Sexualverbrechen auffielen (Hannoversche Allgemeine vom 4. Januar 2018, 1).

97. So verhinderte die Bundespolizei ein neues Köln! Nach Informationen aus Sicherheitskreisen setzte die Bundespolizei zusätzlich zu den normalen Einsatzkräften rund 3 200 weitere Polizisten ein. Darunter 1 000 Polizeivollzugsbeamte der Bundesbereitschaftspolizei, die schwerpunktmäßig im Bereich Köln, Düsseldorf, Dortmund und Essen zum Einsatz kamen. Im Regionalverkehr überwachte und begleitete die Bundespolizei größere Gruppen von Migranten aus dem nordafrikanischen und arabischen Raum, die auf dem Weg zu den Silvesterfeiern waren. Hinzu kamen bundesweit hunderte Identitätsfeststellungen bei bahnreisenden Migrantengruppen sowie hunderte sog. „Gefährderansprachen“ (BILD vom 2. Januar 2018, 3).

98. „Qualifizierte Inaugenscheinnahme“. Bei Expertentests in Berlin entpuppten sich in 358 Fällen 150 Asylbewerber (43 %) als 18 Jahre und älter: sie hatten behauptet jünger zu sein, um Vorteile zu erreichen; in Hamburg waren es von 586 Personen 200, die ihr Alter falsch angegeben hatten (BILD vom 3. Januar 2018, 2).

99. Jeder dritte Hartz-IV-Empfänger ist Ausländer. Besonders stark (+ 65,6 %) stieg die Zahl der Leistungsempfänger aus nichteuropäischen Herkunftsländern (935 549). Davon kamen die meisten aus Syrien (+ 57,5 %) und dem Irak (+ 74,5 %) (BILD vom 6. Januar 2018, 1).

100. Immer noch fast 5 300 vermisste Flüchtlingskinder in Deutschland. Das zeigen Zahlen des Bundeskriminalamts. Der Trend zeigt aber nach unten. Der Grund für den Rückgang ist, dass viele Kinder wieder aufgetaucht sind und doppelte Meldungen aufgeklärt werden konnten (NOZ vom 8. Januar 2018, 2).

101. Karlsruhe stoppt Islamisten-Abschiebung. Vor der Abschiebung eines verurteilten Islamisten in seine Heimat müssen Behörde und Gerichte sich vergewissern, dass dem Betroffenen dort keine Folter oder unmenschliche Haftbedingungen drohen (Bundesverfassungsgericht, zit. nach NOZ vom 10. Januar 2018, 2).

102. Viele Politiker von CDU und SPD haben kein Empfinden dafür, dass für viele ihrer Wähler das Flüchtlingsproblem immer noch das Thema Nummer 1 ist. Dabei verkennen sie, dass den Bürgern inzwischen die Probleme der Integration vor die Füße gefallen sind. Viele Deutsche erleben im Alltag hautnah die Grenze der Integrationsfähigkeit. In den Schulen ist der normale Ablauf gestört, weil Migrantenkinder mit mangelhaften Deutschkenntnissen geregelten Unterricht nicht ermöglichen (Helmut Markwort in Focus 2/2018, 122).

103. EU-Regeln: Die Bundesregierung befürchtet, dass Deutschland durch neue Asylbestimmungen der EU deutlich mehr Flüchtlinge aufgebürdet werden könnten. Danach soll nicht mehr automatisch das Land in dem ein Flüchtling in die EU gelangt ist, für dessen Asylverfahren zuständig sein, sondern unter Umständen das Land, in dem bereits Angehörige des Asylbewerbers leben. Besondere Sorge bereitet den Fachleuten, dass nach diesen Parlamentsvorschlägen „faktisch die bloße Behauptung einer Familienverbindung ausreicht“ (NOZ vom 15. Januar 2018, 2).

104. Jagd auf „Juventa“. Italienische Staatsanwälte beschlagnahmten ein Rettungsschiff deutscher Aktivisten. Halfen diese im Mittelmeer nicht nur Flüchtlingen sondern auch deren Schleppern? Helfen ist für junge Menschen zur Lebensaufgabe geworden. Sie sind Idealisten, wie auch die Gründer der „Jugendrettet“. „Jugendrettet“ wurde Teil eines Rettungswerkes aus Helfern, das immer professioneller agiert. Ein Dutzend von NGO's (Nichtregierungs-Organisationen) war im vergangenen Jahr auf Schiffen (mit mehr als 500 Freiwilligen) aus Deutschland unterwegs. Je besser die Einsätze organisiert wurden, desto mehr Menschen wurden nach Europa gebracht. „Taxi-Service für Flüchtlinge?“ (SPIEGEL 4/2018, 36 ff).

105. Ein Antrag der AfD, den Familiennachzug für eingeschränkt schutzberechtigte Flüchtlinge komplett abzuschaffen, hat zu einer heftigen Debatte im Bundestag geführt (NOZ vom 19. Januar 2018, 2).

106. Debatte über Familiennachzug im Bundestag. Innenminister Thomas de Maizière verwies darauf, dass es keine völkerrechtliche Verpflichtung gebe, Flüchtlingen mit eingeschränktem subsidiärem Schutzstatus den Familiennachzug zu ermöglichen. Für die AfD begründete Martin Sichert ihr generelles Nein zum Familiennachzug. Das Asylsystem

sei zu einem Instrument der Masseneinwanderung geworden, sagte er. Die subsidiär Geschützten müssten Deutschland mittelfristig wieder verlassen. „Familiennachzug macht da überhaupt keinen Sinn“ (NOZ vom 20. Januar 2018, 2).

107. Deutschlands Städte schlagen Alarm! Familiennachzug weiter aussetzen, fordert der Deutsche Städte- und Gemeindebund. Neben Cottbus und Freiberg nehmen auch Essen (NRW), Salzgitter, Delmenhorst und Wilhelmshaven derzeit keine Asylsuchende mehr auf (BILD vom 29 Januar 2018, 2).

108. Familiennachzug bleibt ausgesetzt. Subsidiär Schutzberechtigte – darunter viele Syrer – dürfen seit März 2016 keine Angehörigen mehr nachholen. Die Große Koalition hatte den Anspruch darauf für zwei Jahre ausgesetzt, bis Mitte März 2018. Der Familiennachzug für subsidiär Geschützte war erst im Jahr 2015 auf Drängen der SPD eingeführt worden. Ab 1. August 2018 soll einer begrenzten Zahl von bis zu 1 000 Betroffenen der Nachzug wieder erlaubt werden. Zusätzlich sollen Härtefälle berücksichtigt werden (NOZ vom 2. Februar 2018, 2).

109. Gauck kritisiert Multikulti. Joachim Gauck (78) hat scharfe Kritik an einer Multikulti-Integrationspolitik geübt. Wohin ein Multikulturalismus tatsächlich geführt hat, habe ihn „erschreckt“, sagte Gauck in einer Rede an der Uni Düsseldorf (BILD vom 3. Februar 2018, 2).

110. Neue Alterstests für Flüchtlinge taugen nichts. Neue Methoden zur Altersfeststellung angeblich minderjähriger unbegleiteter Ausländer (UMA) seien sehr ungenau, sagte der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für forensische Diagnostik, der Rechtsmediziner Andreas Schmeling am Donnerstag im Landtag von Hannover (NOZ vom 9. Februar 2018, 5).

111. AfD fordert Burka-Verbot im öffentlichen Raum. Damit wolle man einer „kulturellen Landnahme“ durch islamische Fundamentalisten vorbeugen, sagte der parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag (NOZ vom 21. Februar 2018, 2).

112. Deutsches Kindergeld für 211 000 Kinder im EU-Ausland. Deutschland hat Ende 2017 für 210 888 Kinder von EU-Ausländern Kindergeld gezahlt, obwohl diese nicht in Deutschland leben. Laut Bundesfinanzministerium erhielten 179 567 Eltern Kindergeld, weil Vater oder Mutter in Deutschland arbeiten und steuerpflichtig sind. In 31 321 Fällen gab es Kindergeld, obwohl die Eltern nicht bei uns, sondern im Ausland steuerpflichtig sind (BILD vom 22. Februar 2018, 1).

113. Armenspeisung in Essen. Erste Tafel nimmt nur noch Deutsche auf! Zu viele Konflikte zwischen Flüchtlingen und Deutschen bei der Essenausgabe (BILD vom 23. Februar 2018, 1 und 3).

114. Tafel-Chef Brühl attackiert Merkel. Der Vorsitzende der Tafeln in Deutschland, Jochen Brühl, verwarft sich strikt gegen die Kritik von Kanzlerin Angela Merkel. „Wir lassen uns nicht von der Kanzlerin rügen, denn die aktuelle Entwicklung ist eine Konsequenz ihrer Politik“, sagte Brühl im Gespräch mit unserer Redaktion (NOZ vom 2. März 2018, 1).

115. Die Deutsche Polizeigewerkschaft warnt vor einer zunehmenden Bewaffnung mit Messern, vor allem bei jungen Migranten (NOZ vom 16. März 2018, 2).

116. Zustimmung zu Seehofer: Mehr als drei Viertel der Deutschen stimmten der Aussage von Bundesinnenminister Seehofer zu, dass der Islam nicht zu Deutschland gehört. Das ergab eine WELT-Umfrage (BILD vom 20. März 2018, 1).

117. Kanzlerin bremst AfD mit Selbstkritik. Sehr selbstbewusst, aber auch selbstkritisch zeigt sich Angela Merkel zu Beginn ihrer vierten Amtsperiode. In ihrer Antrittsregierungserklärung rechtfertigte sie erneut ihre Flüchtlingspolitik (NOZ vom 22. März 2018, 3).

118. Polizei befreit neun Flüchtlinge aus verplombtem Kühllaster. Ausgehungerte und frierende Iraker schlugen gegen LKW-Wände. Mithilfe eines Schleusers waren die Flüchtlinge offenbar in Frankreich auf die Ladefläche gelangt (NOZ vom 24. März 2018, 5).

119. Zuzugsstopp bei Überforderung: Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat den Kommunen empfohlen, notfalls die Aufnahme weiterer Flüchtlinge zu verweigern (NOZ vom 26. März 2018, 2).

120. Armut. Viele Obdachlose in Deutschland stammen aus Osteuropa. Seit sich in der EU alle Bürger frei bewegen können, suchen vor allem Polen, Bulgaren und Rumänen in deutschen Großstädten nach einer Zukunft (SPIEGEL 11/2018, 51).

121. Mord-Drohungen gegen „ungläubige“ Kinder. Islamismus-Alarm an Grundschulen: stellt der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Heinz-Peter Meidinger, fest. Eine Mutter berichtete: „Schon in der Kita sagten sie zu meinem Sohn, er werde in der Hölle schmoren, weil er nicht an Allah glaubt“ (BILD vom 26. März 2018, 4).

122. Rüdiger Safranski, ein bekannter Historiker, im SPIEGEL-Interview: „Keine Verschwörungstheorie ist, dass die entscheidende großpolitische Aufgabe der kommenden 10 oder 20 Jahre die islamische Masseneinwanderung sein wird. Je größer der Zustrom, umso geringer die Chance der Integration“ (SPIEGEL 12/2018, 118).

123. Drei Jahre nach dem Beginn der Flüchtlingswelle ist allgemeine Ernüchterung eingeleitet. Statt in den Arbeitsmarkt sind die Migranten in die Sozialsysteme eingewandert (Goffart in Focus 15/2018, 21/22).

124. In Büren, Deutschlands größter Abschiebeanstalt, eskaliert die Gewalt. Die Insassen sind verzweifelt, die Wärter frustriert. Rund 140 Menschen sind dort untergebracht. Es sind ausschließlich Männer, die meisten sind zwischen 18 und 35 Jahre alt. Sie kommen aus Algerien, Marokko und Syrien, aus Indien und Tadschikistan sowie aus der Mongolei. In Deutschland gibt es zur Zeit acht Abschiebegefängnisse, in denen Platz für insgesamt 400 Menschen ist. Die Flüchtlinge leben in Einzelzellen, die nachts verschlossen werden (SPIEGEL 18/2018, 42/43).

125. Das BKA stuft rund 1 560 Männer und Frauen als „Gefährder“ oder „relevante Personen“ in der Extremistenszene ein. 362 von ihnen hätten einen Antrag auf Asyl gestellt (SPIEGEL vom 7. April 2018, 19).

126. Korruptionsverdacht erschüttert Flüchtlingsamt. Leitende Mitarbeitende in der Bremer Außenstelle sollen in mehr als 1 000 Fällen widerrechtlich Asyl gewährt haben (Süddeutsche Zeitung vom 21./22. April 2018, 1).

127. Sozialverbände empört über AfD-Anfrage. Die Partei hatte in einer Kleinen Anfrage im Bundestag Informationen über angebliche Zusammenhänge zwischen wachsender Zuwanderung, Inzest und der Zahl der Schwerbehinderten in Deutschland gefordert. Damit unterstellte die AfD „in bössartiger Weise einen Zusammenhang von Inzucht, behinderten Kindern und Migranten“ so die Sozialverbände (NOZ vom 23. April 2018, 2).

128. Abschiebung eines Togolesen mit Gewalt verhindert. 150 Asylbewerber jagen Polizei davon. In der Nacht zu Montag fuhren zwei Streifenwagen zu einem ehemaligen Kasernengelände das derzeit in Ellwangen (Baden-Württemberg) als Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge (LEA) dient. Dort sind 492 Menschen untergebracht. Die meisten sind Afrikaner aus Nigeria, Guinea, Kamerun und Togo. Es war 2.30 Uhr als die Beamten Yussiv O. zum Zwecke der Abschiebung Handschellen anlegten und zum Streifenwagen brachten – der Beginn von unglaublichen Szenen: Zunächst gingen etwa 150 Asylsuchende auf die Beamten los und schlugen mit Fäusten auf die Polizeifahrzeuge ein. Dann stellten sie über einen Mittelsmann ein Ultimatum: Die Polizei müsse dem Togolesen binnen zwei Minuten die Handschellen abnehmen, sonst würde die Polizeiwache gestürmt. Die Polizeibeamten brachen daraufhin die Aktion ab, verließen das Gelände, leiteten aber Verfahren u.a. wegen Gefangenenbefreiung und Landfriedensbruch ein (BILD vom 3. Mai 2018, 1/3).

129. Österreich schließt Moscheen und will zahlreiche Imame ausweisen. Kanzler Sebastian Kurz: „Parallelgesellschaften, politischer Islam und Radikalisierungstendenzen haben in unserem Land keinen Platz“. Aufgelöst wurde die „Arabische Kultusgemeinde“ mit sechs Moscheen (NOZ vom 9. Juni 2018, 2).

130. Streit um Flüchtlingspolitik. Linken-Fraktionschefin Sarah Wagenknecht hat ihre Haltung zur Flüchtlingspolitik bekräftigt. „Offene Grenzen für alle sind weltfremd“, sagte sie der Passauer Neuen Presse (BILD vom 12. Juni 2018, 1).

131. Verteilerschlüssel in der EU. Danach wird die Bevölkerungszahl mit 40 Prozent gewichtet, ebenso die Wirtschaftskraft. Mit 10 Prozent wird die Zahl der Asylanträge und die Arbeitslosenzahl gewichtet. Daraus ergibt sich, dass Deutschland 22 Prozent der in der EU ankommenden Flüchtlinge und Asylbewerber aufnehmen muss – das sind deutlich weniger, als die Bundesrepublik in den zurückliegenden Jahren ins Land gelassen hat (NOZ vom 19. Juni 2018, 3).

132. Mittelmeer. Ermittlungen gegen deutsche Flüchtlingsretter. Italien verschärft seinen Kampf gegen private Seenotretter. Unter den Betroffenen sind die Organisationen „Ärzte

ohne Grenzen“, „Save the Children“ und „Jugendrettet“. Die Ermittler verdächtigen die Retter, mit libyschen Schleusern zusammengearbeitet zu haben (SPIEGEL 31/2018, 14).

133. Flüchtlingsrouten in die EU: westliches Mittelmeer (die meisten aus Marokko, Algerien, Elfenbeinküste): Anstieg von 7 000 (2009) auf 23 000 (2017); zentrales Mittelmeer (die meisten aus Nigeria, Guinea, Elfenbeinküste): Anstieg von 11 000 (2009) auf 119 000 (2017); östliches Mittelmeer (die meisten aus Syrien, Irak, Afghanistan) Anstieg von 40 000 (2009) über 885 000 (2015) auf 42 000 (2017); Balkan (die meisten aus Pakistan, Afghanistan, Irak) Anstieg von 3 000 (2009) über 764 000 (2015) auf 12 000 (2017); Griechenland (die meisten aus Albanien) Abnahme von 40 000 (2009) über 764 000 (2015) auf 12 000 (2017). (NOZ vom 28. Juni 2018, 3).

134. Handwerk begrüßt Zuwanderungsgesetz. Der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) hat die Vereinbarung der Großen Koalition begrüßt, wonach noch 2018 ein Fachkräfte-Einwanderungsgesetz auf den Weg gebracht werden soll. Für das Handwerk sei es aber nur dann sinnvoll, wenn das Gesetz auch beruflich Qualifizierte in den Griff nehmen würde. „Es darf nicht wieder allein darum gehen, Akademiker anzuwerben“ sagte ZDH-Generalsekretär Holger Schwanneke unserer Redaktion (NOZ vom 7. Juli 2018, 1).

135. Kundgebungen für Flüchtlingsretter. Nach Angaben des Bündnisses „Seebrücke“ beteiligten sich an der Kundgebung am Samstag in Berlin 12 000 Menschen, die unter anderem Rettungswesten in die Höhe hielten. In Hannover demonstrierten 2 000 und in Bremen rund 1 000 Menschen (NOZ vom 9. Juli 2018, 2).

136. Italien stellt Flüchtlingsmission in Frage. Rom will keine Migranten von EU-Schiffen mehr aufnehmen. Libyen lehnt Auffanglager ab. 2015 war noch nicht absehbar gewesen, dass die eigentlich für den Kampf gegen Schleuserkriminalität losgeschickten EU-Schiffe (der „Sophia“-Mission) zehntausende Menschen (Flüchtlinge) an Bord nehmen würden. Bislang waren es insgesamt mehr als 49 000, die automatisch nach Italien gebracht wurden (NOZ vom 21. Juli 2018, 2).

137. Immer mehr Hinweise auf Salafisten. Nach Angaben des Bundesinnenministeriums bekennen sich bundesweit rund 11 000 Menschen zu dieser Strömung – das sind doppelt so viele wie 2013 (NOZ vom 23. Juli 2018, 1).

138. Fluchtpunkt Spanien. Der neue Weg nach Europa führt für zehntausende afrikanischer Migranten über die Hafenstädte in Andalusien. Die 60 000-Einwohner-Stadt Motril in der Provinz Granada ist eines der neuen Brennpunkte des Migrationsdramas. Zusammen mit den andalusischen Hafenstädten Algeciras, Almeria, Cadiz und Tarifa ist Spanien zum neuen Italien für Flüchtlinge geworden. Der Weg Richtung Italien ist weitgehend gekappt, weil die neue Regierung in Rom die Häfen für Flüchtlingsboote geschlossen hat (NOZ vom 30. Juli 2018, 3).

139. Merkels Rettung?: In einer Nachtsitzung einigten sich die Staats- und Regierungschefs der EU Ende Juni auf einer ganze Reihe von Vorgaben, um die Flüchtlingskrise in den Griff zu bekommen. Einen Monat später gibt es allerdings keine konkreten Fortschritte bei der Umsetzung der sog. europäischen Lösung. Da sind zum einen Aufnahmezentren innerhalb der EU, zum anderen sog. regionale Ausschiffungsplattformen in Drittstaaten, in die Flüchtlinge, die im Mittelmeer aufgegriffen werden, gebracht werden (sollen); mit Drittstaaten sind solche in Nordafrika gemeint. Die Kommission stellte klar, dass die EU weitgehend die Kosten für diese Einrichtungen übernehmen würde. Das Problem: noch kein Land hat sich bereit erklärt solche Zentren zu errichten (SPIEGEL 32/2018, 27).

140. Rückkehrhilfen für 123 500 Flüchtlinge. Rund 123 500 Asylbewerber haben in den vergangenen drei Jahren Unterstützung zur freiwilligen Rückkehr in ihre Heimat oder einen aufnahmebereiten Drittstaat erhalten (NOZ vom 26. Juli 2018, 2).

141. Burkaverbot in Dänemark in Kraft. In Dänemark steht das Tragen von Burka und Nikab jetzt unter Strafe. Ähnlich wie in Frankreich und Österreich darf man ab sofort in der Öffentlichkeit (ab 1. August 2018) das Gesicht nicht mehr verhüllen. Ein erstmaliger Versuch soll mit umgerechnet 135 Euro belegt werden. Ab dem vierten Verstoß wird das zehnfache Bußgeld fällig. Erlaubt ist laut Gesetz, das Gesicht zu bedecken, wenn es einem „erkennbaren Zweck“ dient. Dazu zählt Schutz gegen Kälte (NOZ vom 2. August 2018, 4).

142. Die unfassbaren Asyl-Tricks bei drohender Abschiebung: Wer klaut, darf bleiben! Bewusst begangene Straftaten, falsche Identitäten – sogar Konvertierungen zum Christentum gehören zu den Maschen um einer drohenden Abschiebung zu entgehen. Viele abgelehnte Asylbewerber versuchen mit Bagatell-Delikten der Abschiebung zu entgehen, weil sie dann auf den Prozess warten müssen bzw. dürfen. Die meisten Migranten kommen ohne Ausweispapiere nach Deutschland und wirken, um Zeit zu gewinnen, bei der Identitätsbildung nicht mit. Die Dreieinigkeitsgemeinde in Berlin-Steglitz hat mehr als 1 700 Mitglieder – 80 % sind Flüchtlinge, die vom Islam zum christlichen Glauben übergetreten sind. Eine Konversion führt fast immer zur

Schutzgewährung, wenn deshalb im Heimatland Verfolgung droht (BILD vom 3. August 2018, 3).

143. Konservativer Unionsflügel fordert Merksels Ablösung als Parteivorsitzende und eine konsequente Begrenzung der Zuwanderung. In der Werteunion sind vor allem Kritiker von Merksels Flüchtlingspolitik versammelt. Das macht die Initiative in ihrem Thesenpapier deutlich: „Die Aufnahmefähigkeit Deutschlands ist überschritten“, heißt es dort. „Wir fordern eine Begrenzung der Nettozuwanderung auf null und eine Assimilation der Bleibeberechtigten“ (NOZ vom 4. August 2018, 2).

144. Der Westen soll Assad helfen. Russland wirbt um Geld für Wiederaufbau Syriens – und könnte Erfolg haben. Eine rasche Rückkehr von Flüchtlingen spielt dabei eine wichtige Rolle (NOZ vom 10. August 2018, 2).

145. Nach jüngsten Zahlen der Internationalen Organisation für Migration (IOM) sind dieses Jahr bis zum 5. August von Nordafrika insgesamt 23 741 Flüchtlinge auf dem Seeweg in Spanien angekommen. Die Spanier haben bisher kaum protestiert. Im Gegenteil: „An Rathäusern prangen große Plakate mit der Aufschrift ‚Flüchtlinge willkommen‘“. Supermarktketten spenden Lebensmittel, tausende Bürger melden sich bei den Behörden, um Flüchtlinge aufzunehmen (NOZ vom 11. August 2018, 2).

146. Aufbruch am Strand. Seit sich herumgesprochen hat, dass in libyschen Lagern gefoltert wird und Italiens Regierung Schiffe mit geretteten Flüchtlingen zurückweisen lässt, suchen immer mehr Migranten nach Alternativen. Jenseits der Meerenge, in Spanien, sind die Folgen zu besichtigen: Am Strand von Zahore nahe Kap Trafalgar sprintet am vergangenen Samstag eine halbe Hundertschaft Flüchtlinge zwischen dürftig bekleideten Badenden und FKK-Anhängern hügelaufrwärts, kaum dass ihr Holzboot die Küste erreicht hat. Es herrscht Aufbruch am Strand, ein paar Urlauber filmen. Die Aufnahme, wenig später ins Netz gestellt, dokumentiert den Zusammenprall zweier Welten (SPIEGEL 32/2018, 78).

147. Wirtschaft begrüßt das Fachkräftekonzept der Bundesregierung. Überschattet wird die Diskussion über das von Union und SPD noch für dieses Jahr angekündigte Fachkräfte-Einwanderungsgesetz allerdings durch einen politischen Streit über sogenannte „Spurwechsel“ für abgelehnte Asylbewerber. Hier geht es darum, ob abgelehnten Asylbewerbern, die auf absehbare Zeit nicht ausgewiesen werden können, hilfsweise eine Einwanderung als Arbeitskräfte ermöglicht werden soll. Dies betrifft vor allem Asylbewerber, die nach einer längeren Zeit der Duldung auf dem Arbeitsmarkt Fuß gefasst haben (FAZ vom 18. August 2018, 17).

148. Wiederaufbauhilfe für Syrien verfrüht. Die Bundesregierung hält die von Russland betriebene Debatte über einen Wiederaufbau in den (Anm.: vor allem von Russland) zerstörten Regionen Syriens für verfrüht. Dort müsse „erst einmal ein politischer Friedensschluss“ angestrebt werden, so Regierungssprecher Steffen Seibert (NOZ vom 21. August 2018, 2).

149. BA: Flüchtlinge fassen Fuß auf dem Arbeitsmarkt, sagte Vorstandschef Detlef Scheele. 238 000 der Geflüchteten seien mit Job sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Knapp 28 000 junge Flüchtlinge hätten inzwischen eine Lehre angefangen (NOZ vom 22. August 2018, 2).

150. Dienstplicht auch für Flüchtlinge? In der Debatte um eine allgemeine Dienstplicht stößt CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer mit ihrem Vorschlag, einen solchen Dienst auch Flüchtlingen und Asylbewerbern zu ermöglichen, auf Kritik. SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil hielt seiner Kollegin Populismus vor (Ostsee-Zeitung vom 27. August 2018, 4).

151. Chemnitz: Eine Woche nachdem ein 35-jähriger Deutscher bei einer Messerattacke getötet worden war und ein Iraker und ein Syrer als tatverdächtig gelten, zogen am Samstag laut Polizei rund 8 000 Rechte und 3 000 Gegendemonstranten durch die Stadt. In ihrer Bilanz sprach die Polizei von 18 Verletzten, darunter drei Polizisten. Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki (FDP) hat Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Mitschuld an den Ausschreitungen gegeben. „Die Wurzeln für die Ausschreitungen liegen im ‚Wir schaffen das‘ der Kanzlerin“ (NOZ vom 3. September 2018, 1 und 2).

152. Linker Bürgermeister will Intensivtäter aus der Stadt werfen. Mit seinem Satz: „Ich werde nicht warten, bis es den ersten Toten gibt“ hat der linke Oberbürgermeister von Frankfurt/Oder (Brandenburg) Rene Wilke (34) bundesweit Aufsehen erregt. Die Ausweisungen seien eine Maßnahme zur Verteidigung der Integration (BILD vom 4. September 2018, 3).

153. Islamkritiker Thilo Sarrazin stellte in Berlin sein neues Buch „Feindliche Übernahme“ vor. Muslime seien ungebildet, gewalttätig, kriminell – und wurden, weil sie sich stärker vermehrten als die nichtmuslimische Bevölkerung, in ein paar Jahrzehnten das Land übernehmen. Sarrazin weiß, wie das zu verhindern wäre: „Man muss die Einwanderung von Muslimen grundsätzlich unterbinden“ (SPIEGEL 36/2018, 121).

154. Gruppenvergewaltigung im April in Velbert bei Wuppertal. An der Tat sollen acht Jugendliche aus Bulgarien beteiligt gewesen sein. Zwei von ihnen hatten sich danach mit ihren Familien nach Bulgarien abgesetzt. Die Staatsanwaltschaft hält die Beweislage für erdrückend. Die Angeklagten hätten die Tat selbst gefilmt (NOZ vom 1. November 2018, 25).

155. Bundesinnenminister Seehofer: Die Migrationsfrage ist die „Mutter aller Probleme“. Der Streit in der Union um die Migrationspolitik ist neu aufgebrochen (NOZ vom 7. September 2018, 1).

156. BA warnt: 50 Prozent der vermittelten Flüchtlinge sind bald wieder arbeitslos (Focus 37/2018, 7).

157. Migration lässt Bierumsatz sinken. Der sinkende Bierkonsum in Deutschland hängt nach Ansicht von Brauerei-Vertretern auch mit Migration zusammen. Es lebten heute mehr Muslime in Deutschland, die kein Bier tranken, sagte der Präsident des Brauer-Bundes, Georg Schneider, der Augsburger Allgemeinen (NOZ vom 24. September 2018, 6).

158. CDU und CSU liegen bei Zuwanderern hoch im Kurs. Menschen mit Migrationshintergrund haben deutlich weniger Sympathie für SPD und Grüne als noch vor einigen Jahren. Laut einer Untersuchung des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) sind CDU und CSU mit 43,2 % Zustimmung aktuell die beliebtesten Parteien unter Menschen mit Migrationshintergrund (NOZ vom 28. September 2018, 2).

159. Der neue Fraktionschef der CDU im Bundestag, Ralf Brinkhaus, will die Arbeitsmigration „von A bis Z steuern“. Es dürften „keine Menschen ins Land gelassen werden, die uns nicht nachhaltig weiterhelfen“, sagte er unserer Redaktion (NOZ vom 6. Oktober 2018, 1).

160. Ein deutscher Richter rechnet ab. Es war ein einziger Satz am 6. September 2017, der den Zwickauer Amtsrichter Stephan Zantke (57) europaweit bekannt machte: „Wenn Deutschland so Scheiße ist, warum sind sie dann hier?“ fragte er einen libyschen Serientäter, der auf „Scheiß Deutschland“ geschimpft hatte. Der Richter geriet in die Kritik, bekam aber auch viel Zustimmung (BILD vom 8. Oktober 2018, 10).

161. So viel zahlt Deutschland für Flüchtlinge. Für alle 886 370 Flüchtlinge, die 2016 und 2017 in Deutschland Asyl beantragt haben, zahlte der Bund 27 Mrd. Euro, und zwar 2,2 Mrd. für Aufnahme, Registrierung und Unterbringung, 4,4 Mrd. für Integration, 5,4 Mrd. für Hartz IV und 15,8 Mrd. als Ausgleich für Länder und Kommunen (BILD vom 10. Oktober 2018, 2).

162. Union fällt auf Rekordtief. Nach EMNID auf 26 Prozent; die AfD landete bei 15 Prozent (NOZ vom 15. Oktober 2018, 2).

163. Mehr als 170 Badetote in Niedersachsen seit 2010. Von den Opfern hatten 32 Personen einen Migrationshintergrund: sie waren grundsätzlich Nichtschwimmer (NOZ vom 15. Oktober 2018, 7).

164. Passagiere stoppen Abschiebung eines Vergewaltigers. Sie dachten, sie helfen einem Flüchtling und forderten in Sprechchören: „Lasst ihn aus dem Flugzeug“. Jetzt stellte sich heraus, dass der Somalier Yaqub Ahmed (29) ein überführter Vergewaltiger ist (BILD vom 15. Oktober 2018, 6).

165. Auch, wer kaum eine Chance hat, kommt trotzdem. So kamen in den ersten fünf Monaten nach der Entscheidung (vom November 2014) Serbien, Bosnien und Mazedonien zu sicheren Herkunftsländern zu erklären, noch rund 20 750 Asylbewerber dort nach Deutschland (NOZ vom 22. Oktober 2018, 2).

166. Rüge für Schleierverbot. Ein allgemeines Verbot des islamischen Gesichts- und Ganzkörperschleiers verstößt gegen die Menschenrechte. Zu dem Schluss kommt der UN-Menschenrechtsausschuss in Genf. Er rügte Frankreich am Dienstag nachdem sie zwei Trägerinnen eines Nikab-Gesichtsschleiers gegen das seit 2010 gültige Gesetz beschwert hatten. Ein Verschleierungsverbot gilt auch in Belgien, Österreich, Dänemark, Bulgarien und Teilen der Schweiz (Süddeutsche Zeitung vom 25. Oktober 2018, 6).

167. Gekürzte Hilfen. In Österreich bekommen EU-Ausländer aus Osteuropa künftig weniger Familienbeihilfe für ihre noch im Heimatland lebenden Kinder. In Deutschland gibt es mit Verweis auf ausufernde Kosten entsprechende Kürzungsforderungen sowohl von Seiten der SPD wie von der Union, zudem aber auch vom Städte- und Gemeindebund (Süddeutsche Zeitung vom 25. Oktober 2018, 6).

168. Syriengipfel. Ziel sind freie Wahlen. Bei ihrem Vierergipfel zu Syrien haben die Türkei, Russland, Frankreich und Deutschland noch bis Jahresende die Bildung eines Verfassungskomitees gefordert. An „freien und fairen Wahlen unter Aufsicht der Vereinten Nationen sollten alle wahlberechtigten Syrer teilnehmen dürfen, auch die Syrer in der Diaspora“ (NOZ vom 29. Oktober 2018, 2).

169. Politbeben in Berlin. Merkel am Ende ihrer Macht. 10 Minuten und 21 Sekunden sprach Merkel vor Journalisten in der CDU-Parteizentrale im Konrad-Adenauer-Haus in Berlin. Die wichtigsten Sätze: Auf dem nächsten Bundesparteitag der CDU im Dezember in Hamburg werde ich nicht wieder für das Amt der Vorsitzenden der CDU Deutschlands kandidieren. Und: „Diese vierte Amtszeit ist meine letzte als Bundeskanzlerin Für den Rest der Legislaturperiode bin ich bereit, wieder als Bundeskanzlerin zu arbeiten (FAZ vom 30. Oktober 2018, 3).

170. UNESCO lobt Integration in Deutschland. Der aktuelle Weltbildungsbericht hebt den Einsatz Deutschlands bei der Integration von Flüchtlingen und Migrantinnen hervor. Die Bundesrepublik fördere etwa die sprachliche Bildung in Kindertagesstätten überdurchschnittlich. Bei der Anerkennung beruflicher Qualifikationen sei Deutschland sogar richtungsweisend, teilt die UN-Organisation mit (NOZ vom 2. November 2018, 2).

171. Naive Zuwanderungspolitik? DPolG-Chef Wendt warf der Regierung in der Debatte um die mutmaßliche Gruppenvergewaltigung in Freiburg „naive Zuwanderungspolitik“ vor. Gegenüber unserer Redaktion sagte der Gewerkschaftschef: „Tötungsdelikte, schwere Körperverletzungen, Raub sowie Sexualstraftaten sind die grausame Kehrseite naiver Zuwanderungspolitik und Willkommenskultur [...]“ Und: „wer diese Seite verharmlost oder ignoriert, schürt pauschalen Fremdenhass und Extremismus“ (NOZ vom 3. November 2018, 4).

172. Laut einer Studie der Universität Leipzig vertritt im Osten fast jeder Zweite (47,1 %) Aussagen wie: „Ausländer nutzen den Sozialstaat aus“. Durch die Aussage „Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land“ (NOZ vom 8. November 2018, 2).

173. Kriminelle Asylbewerber. CDU-Generalsekretärin AKK will straffällige Asylbewerber in Ausnahmefällen mit lebenslangen Wiedereinreiseperrnen belegen (BILD vom 10. November 2018, 1).

174. Nach Syrien abschieben? Annegret Kramp-Karrenbauer will das Abschiebe-Tabu „Syrien“ brechen. „Bestimmte Regionen Syriens könnten für absehbare Zeit sicher genug sein, um abgelehnte straffällig gewordene Asylsuchende dorthin abzuschicken“ (BILD vom 13. November 2018, 2).

175. Muslime wünschen Beerdigung ohne Sarg. Fast alle Türken der ersten und zweiten Generation lassen sich in ihrer Heimat beerdigen, unter anderem, weil es dort ohne Sarg möglich ist, aber auch, weil sie ein Grab auf Ewigkeit erwerben können und nicht nur befristet wie in Deutschland (NOZ vom 13. November 2018, 15).

176. Einwanderungsgesetz: Heftigster GroKo-Streitpunkt ist der sogenannte Spurwechsel. Der Kompromiss: Abgelehnte Asylbewerber deren Abschiebung ausgesetzt ist, sollen eine auf zwei Jahre begrenzte „Beschäftigungsduldung“ erhalten, wenn „klare Kriterien“ erfüllt sind. Dazu gehört, dass die Personen seit eineinhalb Jahren mit mindestens 35 Stunden sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren. Alle anderen müssen mit Abschiebung rechnen: Vorangetrieben wurde das Gesetz von der Wirtschaft, die unter akutem Mangel an Fachkräften leidet (NOZ vom 21. November 2018, 2).

177. Kritik nach Merz-Vorstoß zu Asylrecht. Bei der CDU-Regionalkonferenz im thüringischen Seebach hatte Merz in Zweifel gezogen, ob das im Grundgesetz festgeschriebene Individualrecht auf Asyl „in dieser Form fortbestehen“ könne. SPD, FDP, Grüne und Linke äußerten daraufhin deutliche Kritik (NOZ vom 23. November 2018, 1).

178. Punkte in Wiesbaden. Die Polizei will ein Frühwarnsystem einführen, das helfen soll, kriminelle Karrieren von Zuwanderern schneller zu erkennen, „Ziel ist es, Intensivtäter zu erkennen, und, wenn möglich, außer Landes zu bringen“, sagt BKA-Präsident Holger Münch. In der Kartei soll es einen Punktekatalog analog zur Verkehrssünderkartei in Flensburg geben. Ab einer bestimmten Grenze soll der Intensivtäter aus Deutschland ausgewiesen werden (SPIEGEL 48/2018, 42).

179. Importimame. Nach Angaben des Bundesinnenministeriums hat allein die Türkei 900 Imame nach Deutschland entsandt. Vielen fehlten Sprachkenntnisse und der Bezug zu demokratischen Werten. „Wer als Moscheeverband Teil von Deutschland sein will, kann nicht Teil von Ankara bleiben“, sagte die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Annette Widmann-Mauz (CDU). (Süddeutsche Zeitung vom 29. November 2018, 1).

180. Migranten oft Opfer von Ausbeutung. Das Deutsche Institut für Menschenrechte (DIMR) hält den Schutz ausländischer Arbeiter vor Ausbeutung in Deutschland für absolut unzureichend. Die Ausländer müssten unbezahlte Überstunden leisten, würden in unmenschlichen Unterkünften untergebracht. Viele „Schwarze Schafe“ seien in der Baubranche zu finden, in fleischverarbeitenden Betrieben, in der Pflege, der Prostitution, in der Reinigungsbranche, der Gastronomie und im Bereich der Logistik (NOZ vom 6. Dezember 2018, 2).

181. Kramp-Karrenbauer führt die CDU. Generalsekretärin setzt sich in Stichwahl gegen Merz durch. AKK erhielt im zweiten Wahlgang knapp 52 Prozent der Stimmen. Für Merz entschieden sich gut 48 Prozent der Delegierten. Merkel wird Regierungschefin bleiben (NOZ vom 8. Dezember 2018, 1).

182. BKA warnt. Derzeit zählen die Behörden 761 Gefährder. Für eine theoretisch denkbare Rund-um-die-Uhr-Überwachung fehlt der Polizei das Personal. Und abschieben kann man mehr als die Hälfte der Gefährder schon deshalb nicht, weil sie die deutsche Staatsbürgerschaft haben. Seit dem Berliner Anschlag nutzen die Bundesländer aber den „Gefährderparagrafen“ § 58a des Aufenthaltsgesetzes zur Abschiebung. Das Bundesverwaltungsrecht hat diese Praxis mehrfach bestätigt (NOZ vom 13. Dezember 2018, 3).

183. Achtung Buschkowsky. „Ich (schreibt der frühere Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln) habe das neue Buch von Thilo Sarrazin „Feindliche Übernahme“ gelesen. Alle Seiten. Nach Thilo Sarrazin wird der Islam in zwei bis drei Generationen in Deutschland die Mehrheit der Bevölkerung stellen. Das Buch bildet die Welt Sarrazins in ruhiger Sprache ab. Keine Beschimpfungen oder persönliche Schmähungen, kein politischer Radikalismus. Das muss eine Volkspartei aushalten – alles andere ist Selbstmord. Darf nur SPD-Mitglied sein, wer Fan des Islam ist? Und bin ich der Nächste, der weg soll? (BILD vom 19. Dezember 2018, 2).

184. Abschiebungen: Ziemiak greift Baerbock an. CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak hat Grünen-Chefin Annalena Baerbock wegen ihrer Forderung nach einer schnelleren Abschiebung straffälliger abgelehnter Asylbewerber scharf kritisiert. „Die Äußerungen sind an Scheinheiligkeit nicht zu übertreffen“, sagte Ziemiak gestern. Baerbock fordere, was bisher an ihrer Partei gescheitert sei: „Die Grünen haben in den vergangenen Jahren dafür gesorgt, dass abgelehnte Asylbewerber nicht abgeschoben werden konnten“. Wenn Baerbock es ernst meine, „muss sie jetzt erklären, dass ihre Partei der Erweiterung der Liste der sicheren Herkunftsländer zustimmen wird“ (NOZ vom 20. Dezember 2018, 2).

185. „Für Vergewaltiger darf es keinen Kulturrabatt geben“, so der grüne Tübinger OB Boris Palmer. „Die Gefahren und Risiken, die von männlichen Asylbewerbern ausgehen, werden beschönigt“ (SPIEGEL 52/2018, 35).

2019

186. Essener demonstrieren gegen Fremdenhass. Rund 120 Menschen versammelten sich am frühen Abend in der Essener Innenstadt zu einer Kundgebung gegen rechte Gewalt. Auf ihren Transparenten steht „Wir sind mehr“ (WAZ vom 3. Januar 2019, 1).

187. Nach Amokfahrt im Ruhrgebiet. Der Kriminologe Hans-Dieter Schwind, der an der Ruhr-Universität Bochum und an der Uni Osnabrück lehrte, sieht eine Ursache in dem wachsenden Bedrohtheitsgefühl vieler Menschen durch die Zuwanderung. „Es brodelt in den Leuten, und dann kommt es plötzlich zum Ausbruch. Ich habe einen solchen Fall schon viel früher erwartet und ich befürchte, dass sich dies fortsetzt“ so Schwind. Die Täter der Gewalttaten gegen Ausländer seien „oftmals zuvor nicht als rechtsextrem aufgefallen, sondern stammten aus der Mitte der Gesellschaft. „Die Willkommenskultur ist am Ende“.

Auch der Bielefelder Konflikt- und Gewaltforscher Andreas Zick sagt, die schreckliche Tat habe ihn nicht erstaunt. Auch er beobachte, dass sich zunehmend Menschen aus der Mitte der Gesellschaft radikalisierten, die zuvor keinen Bezug zu einer rechtsextremen Ideologie hatten. „Der Essener Täter war mit Sicherheit zuvor im Internet unterwegs und hat sich anstecken lassen von einer Bewegung, die meint, das Land werde überfremdet und die Politik habe die Kontrolle verloren“. Die Fremdenfeindlichkeit sei nach 2015 gewachsen. Auch er glaubt, dass weitere Taten folgen könnten (WAZ vom 3. Januar 2019, 2).

188. Keine weiteren Ankerzentren geplant. In Deutschland sollen vorerst keine weiteren Ankerzentren für Flüchtlinge entstehen. Nach einer Umfrage der Deutschen Presse-Agentur plant derzeit kein Bundesland ein weiteres solches Zentrum. Das Wort Anker steht für An(kunft), k(ommunale Verteilung), E(ntscheidung) und R(ückführung). Alle wichtigen Behörden sollen dort vertreten sein; kurze Wege sollen die Asylverfahren beschleunigen.

Die ersten sieben Zentren waren in Bayern im August an den Start gegangen, nur Sachsen und das Saarland folgten bisher mit Zentren in Dresden und Lebach der Idee. Die meisten anderen Länder verweisen darauf, dass sie Einrichtungen mit vergleichbaren Strukturen haben – ohne das Label Ankerzentrum (NOZ vom 10. Januar 2019, 2).

189. Jeden zweiten Tag Angriff auf Asylheim. Demnach verzeichnete das BKA bis Anfang Dezember bundesweit 143 Straftaten gegen Asylunterkünfte. Rein statistisch war das im Schnitt alle 2,3 Tage ein Angriff (2017: noch 312). In den meisten Fällen handelte es sich

um Propaganda wie Schmierereien (46) und Sachbeschädigungen (44). (NOZ vom 12. Januar 2019, 4).

190. Eine Jury der sogenannten „Sprachkritischen Aktion“, die sich selbst ernannt hat, aus vier Sprachwissenschaftlern und einem Journalisten besteht, hat die Formulierung „Anti-Abschiebe-Industrie“ von CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt (48) zum Unwort des Jahres 2018 gekürt und damit kritische Nachfragen ausgelöst.

Dobrindt hatte im Mai 2018 erklärt: „Es ist nicht akzeptabel, dass durch eine aggressive Anti-Abschiebe-Industrie bewusst die Bemühungen des Rechtsstaates sabotiert und eine weitere Gefährdung der Öffentlichkeit provoziert wird“. Gemeint waren Initiativen und Anwälte, die Migranten gezielt Hinweise geben, wie sie sich der Abschiebung entziehen können oder diese sogar gezielt vorwarnen.

Dobrindt hat dazu gestern augenzwinkernd als Alternatives Unwort die Wortschöpfung des grünen (!) Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann vorgeschlagen, der von „testosterongesteuerten Männerhorden“ gesprochen hatte (BILD-Zeitung vom 16. Januar 2019, 2).

191. Vor einigen Tagen gab der Inlandsgeheimdienst (des Bundesamts für Verfassungsschutz) bekannt, dass er die AfD als Prüffall für eine Beobachtung führt und die Parteijugend „JA“ sowie die rechte AfD-Plattform „Flügel“ als Verdachtsfall bewertet, also noch eine Stufe höher.

Das mehr als 400 Seiten starke Gutachten lässt die Partei als Ganzes davonkommen. Aber der Fokus auf den „Flügel“ und vor allem auf dessen Frontmann Björn Höcke ist ein empfindlicher Schlag für das rechte Lager. Nichtdeutsche seien für Höcke „Fremdkörper“, deren Integration nicht möglich sei und die dementsprechend ausgegrenzt werden müssten. Wenn der Thüringer die Idee einer massenhaften „Re-Migration“ von Ausländern propagiere, meine er eine „nur pro forma notdürftig verhüllte Forderung nach dem willkürlichen Entzug von Staatsbürgerschaften und menschenwürdevidrigen Massenabschiebungen“.

Mit der Entscheidung, die „Junge Alternative“ und den „Flügel“ als Verdachtsfälle zu behandeln, können die Beamten (des Verfassungsschutzes) gegen beide nachrichtendienstliche Mittel anwenden – die allerdings müssen verhältnismäßig sein. Telefone abzuhören ist praktisch ausgeschlossen. Dafür müsste die GIO-Kommission im Bundestag eingeschaltet werden, so weit aber geht der Verfassungsschutz nur bei islamistischen Terrorverdächtigen und stark gewalttätigen Rechts- oder Linksextremisten. Auch der Einsatz von V-Leuten dürfte ausgeschlossen sein, sagen Verfassungsschützer (DER SPIEGEL 4/19.1. 2019, 32/33).

192. Bundestag stuft vier Länder als sicher ein. Der Bundestag hat mit großer Mehrheit einem Gesetzesentwurf zur Einstufung von Georgien, Algerien als sichere Herkunftsländer zugestimmt. Bei Asylbewerbern aus als sicher eingestufteten Herkunftsstaaten gilt für die Behörden die Regel, dass ihr Antrag auf Schutz unbegründet ist. Über die Einstufung muss

aber auch der Bundesrat noch abstimmen. Wegen der Mehrheit der von den Grünen mitregierten Länder ist der Ausgang dort fraglich.

Neue Migranten aus Marokko, Tunesien und Algerien (Anerkennungsquote als Asylbewerber nur 3 %), die ohne Visum kamen, sind in den vergangenen Jahren laut Polizei-Statistik deutlich häufiger straffällig geworden als etwa Zuwanderer aus Konfliktregionen wie Syrien und Afghanistan (NOZ vom 19. Januar 2019, 1).

193. Migrantenzahl in Spanien steigt stark an. In Spanien sind nach UN-Angaben in diesem Jahr schon viermal so viele Migranten und Flüchtlinge angekommen wie im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres. Die UN-Organisation für Migration (IOM) meldete gestern 3 429 Ankömmlinge bis zum 20. Januar, verglichen mit 848 zum gleichen Zeitpunkt 2018. In Italien hingegen kamen in diesem Jahr bislang deutlich weniger Menschen an. 2019 waren es 155, im gleichen Zeitraum voriges Jahr 2 730 (NOZ vom 23. Januar 2019, 1).

194. Gefährdete „Sophia“-Mission: Die deutsche Handelsschiffahrt befürchtet nach der Entscheidung der Bundesregierung, sich aus der EU-Mission „Sophia“ zurückzuziehen, unerwünschte Nebenwirkungen. „Wenn schon staatliche Schiffe nicht mehr retten, weil sie die Aufgenommenen nicht gesichert abgeben können (Italien nimmt sie nicht mehr ab), wie soll es dann Besatzungen und Schiffen der Handelsflotte gehen?“ mahnte Ralf Nagel, Präsidiumsmitglied des Verbandes Deutscher Reeder (VDR). Die Handelsschiffahrt sei natürlich auch künftig bereit, in Not befindlichen Menschen zu helfen. „Sie ist aber nicht Teil der politischen Lösung und darf es auch nicht werden“, betonte Nagel.

An der Mission beteiligten sich 27 Staaten. Derzeit sind drei Marine-Schiffe sowie drei Flugzeuge und zwei Hubschrauber im Einsatz. Das aktuelle Mandat läuft noch bis zum 31. März. Dem VDR zufolge hatten die seit 2015 ausgeweiteten Rettungsaktivitäten der EU und der nationalen Küstenwachen und Marineschiffe die Situation für Handelsschiffe und ihre Besatzungen deutlich entspannt. Sie seien nur noch selten direkt in Rettungseinsätze einbezogen gewesen. Das könnte sich ändern (NOZ vom 24. Januar 2019, 3).

195. Koalitionskrach um Entlastung von Bürgen: Flüchtlingsbürgen, die von Arbeitsagenturen Rechnungen erhalten haben, können aufatmen. Bund und Länder haben sich gestern geeinigt, die finanziellen Forderungen hälftig zu übernehmen. Damit müssen die Bürgen, die vor 2016 Verpflichtungserklärungen vor allem für Syrer unterzeichnet hatten, nicht mehr bezahlen. Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD) sprach von einer „zufriedenstellenden Lösung nach intensiven und langen Verhandlungen“. Die Kritik kam aus der CDU Fraktion des niedersächsischen Landtags. Es sei „bis heute unerklärlich“, wie das Innenministerium damals zu der Rechtsauffassung gekommen sei, dass die Verpflichtungen die Bürgen nicht belasten würde, obwohl die Bundesregierung die gegenteilige Auffassung vertreten habe (NOZ vom 25. Januar 2019, 5).

196. Kirchenasyl: Ein Akt zivilen Ungehorsams. Als „Kirchenasyl“ bezeichnet man es, wenn Menschen, die abgeschoben werden sollen, auf kircheneigenem Gelände – manchmal sogar in der Kirche selbst – untergebracht werden mit dem Ziel, „das der Fall von der zuständigen staatlichen Behörde neu untersucht wird“ (Andreas Kubik-Boltres, Professor für evangelische Theologie an der Universität Osnabrück): „Das bindet den Staat aber in keiner Weise. Für den Widerspruch gegen staatliche Entscheidungen ist bei uns der Rechtsweg vorgesehen. Deshalb ist das Kirchenasyl keine „Grauzone“, wie oft behauptet wird. Es ist ein Akt zivilen Ungehorsams, der auch entsprechend geahndet werden kann. Wer sich hier „auf sein Gewissen beruft, muss bereit sein, die Konsequenzen zu tragen“ (Kubik-Boltres aaO, in NOZ vom 26. Januar 2019, 18).

197. 14 000 illegal in Bus und Bahn eingereist. Bundespolizisten haben im vorigen Jahr in Bussen und Bahn mehr als 14 000 unerlaubt eingereiste Passagiere entdeckt. Nach einer der „Rheinischen Post“ vorliegenden Auflistung machten die Beamten zwischen Januar und November 7 943 Menschen in Zügen und weitere 6 666 in Fernbussen aus. Die meisten kamen aus Afghanistan, Nigeria, dem Irak, Syrien und der Türkei. Zurückweisungen gab es lediglich an Flughäfen, Seehäfen und an der deutsch-österreichischen Grenze, hieß es (NOZ vom 29. Januar 2019, 2).

198. Rekordwert bei Ausländern in deutschen Gefängnissen. Alle Bundesländer verzeichnen Anstieg. In Berlin und Hamburg kommt danach bereits mehr als jeder zweite Häftling aus dem Ausland. Bayern registrierte seit 2012 eine Zunahme von 31 auf 45 Prozent. Auch in den neuen Bundesländern steigt der Ausländeranteil rapide. Die stärksten Gruppen sind Gefangene aus Polen, Tunesien, Libyen, Tschechien und Georgien (NOZ vom 5. Februar 2019, 4 unter Hinweis auf Meldungen in der „Rheinischen Post“).

199. Wir überweisen jedes Jahr 300 Mio. Euro Kindergeld ins Ausland. Auch, wenn die Lebenshaltungskosten am Wohnort der Kinder (z.B. Rumänien, Bulgarien) nur einen Bruchteil betragen, zahlte Deutschland 2017 rund 343 Mio. Euro Kindergeld ins Ausland – zehnmal so viel wie 2010. Bemühungen, diesen Wahnsinn zu stoppen, scheiterten u.a. an Brüssel (BILD-Zeitung vom 6. Februar 2019, 2).
Den Anspruch auf Kindergeld für im Ausland lebende Kinder haben nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes selbst arbeitslose Ausländer (NOZ vom 8. Februar 2019, 2).

200. Der CDU-Innenpolitiker Armin Schuster plädiert dafür, deutsche IS-Anhänger, die in Nordsyrien inhaftiert sind, nach Deutschland zurückzuholen und vor Gericht zu stellen. „Wir können nicht von anderen Ländern erwarten, dass sie Gefährder aufnehmen, und uns gleichzeitig weigern, deutsche IS-Terroristen aus Syrien zurückzunehmen, sagt Schuster (DER SPIEGEL 7/9.2.2019, 21).

201. Seebrücke: Was kann die Stadt Osnabrück tun? Vor einem halben Jahr hatte sich die Stadt per Ratsbeschluss dazu bereit erklärt, in Seenot geratene Flüchtlinge zusätzlich aufzunehmen – doch sie bekommt keine zugewiesen. Zweimal hat die Stadt der Bundeskanzlerin geschrieben, doch eine Antwort gab es nicht. Anderen deutschen Städten, die sich ebenso als „sichere Häfen“ deklariert haben, geht es ähnlich. Darauf macht regelmäßig das Bündnis Seebrücke aufmerksam (NOZ vom 9. Februar 2019, 17).

202. Der Merkel-Malus. Auch nach der Aufgabe des CDU-Vorsitzes gilt die Bundeskanzlerin für die kommenden Landtagswahlkämpfe in Thüringen, Brandenburg und Sachsen als Belastung. Allen Ostwahlkämpfern steckt noch der Bundestagswahlkampf in den Knochen; als sie mit Merkel auf den Marktplätzen standen und im Pfeifkonzert kaum ihr eigenes Wort verstanden. Mit der Flüchtlingskrise gerieten gerade die Ostdeutschen in Wut darüber, dass Merkel, die sich nie groß um die Befindlichkeiten ihrer Landsleute geschert hätte, all ihre Kraft darauf verwendete, den Fremden zu helfen (Amann/Gathmann/Knobbe u.a. im DER SPIEGEL 8/2019, 32 ff).

203. Arbeitsmarkt braucht Zuwanderer. Hunderttausende Zuwanderer werden für den deutschen Arbeitsmarkt gesucht. Um den Bedarf zu decken, werden auch Migranten aus Nicht-EU-Ländern immer wichtiger, sagt eine Studie im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung, die gestern in Gütersloh veröffentlicht wurde.

Der deutsche Arbeitsmarkt braucht danach mittel – und langfristig Jahr für Jahr mindestens 260 000 Zuwanderer. In einer alternden Gesellschaft werde das Angebot an Arbeitskräften ohne Migration bis zum Jahre 2060 um rund 16 Millionen Personen, also um fast ein Drittel – massiv schrumpfen.

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) hat die Bertelsmann-Studie als „realistisch“ bezeichnet. Nach seinen Angaben sehen über 60 Prozent der Unternehmen im Fachkräftemangel das derzeit größte Risiko für ihre Geschäftsentwicklung (NOZ vom 13. Februar 2019, 2).

204. Grüne bleiben im Asylstreit hart. Liste „sicherer Herkunftsländer“ wird vorerst nicht verlängert. Der Bundesrat hat die Entscheidung über die Einstufung Georgiens und der nordafrikanischen Staaten als „sichere Herkunftsländer“ für Asylbewerber gestern auf unbestimmte Zeit verschoben. Der Bundestag hatte die Ausweitung der sicheren Herkunftsländer im Januar beschlossen. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder sprach den Grünen die Regierungsfähigkeit ab (NOZ vom 16. Februar 2019, 4).

205. Was hilft gegen Fachkräftemangel? Ein Mangel an Fachkräften herrscht derzeit unter anderem bei Informatikern, Ingenieuren für Elektrotechnik und Metallbau, in den

Bereichen Gesundheit und Pflege sowie in einigen Handwerksberufen.

Der Anteil der Fachkräfte aus Nicht-EU-Staaten, die zum Arbeiten nach Deutschland kommen, ist mit 0,66 Prozent weiter gering. Auch die sog. Engpassberufe profitieren bislang von der Zuwanderung nicht. Die Hoffnung, Zugewanderte füllten bald wie von Zauberhand all die offenen Stellen in der Pflege, im Handwerk oder auf dem Bau ist eine Fata Morgana.

Das Bundeskabinett hatte im Dezember ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz beschlossen, das vorsieht, dass die Hürden für die Einreise von Arbeitnehmern aus Nicht-EU-Staaten gesenkt werden. Wer qualifiziert ist und gut Deutsch spricht, soll auch ohne Arbeitsvertrag kommen dürfen, um sich einen Job zu suchen. Das war bisher nur für Hochschulabsolventen möglich (NOZ vom 18. Februar 2019, 2).

206. AfD: Flüchtlingsbürgen sollen selbst zahlen. Die AfD will verhindern, dass der Staat die Kosten für Flüchtlingsbürgschaften übernimmt. Die Fraktion hat einen Antrag unter dem Titel „Flüchtlingsbürgen zur Kasse bitten – Erstattungsforderungen durchsetzen“ in den Bundestag eingebracht. Es geht um einen zweistelligen Millionenbetrag, den Jobcenter von den Bürgen zurückfordern.

Im Zuge des Bürgerkrieges in Syrien hatten 15 Bundesländer Aufnahmeprogramme gestartet, um Flüchtlinge sicher ins Land zu holen. Voraussetzung war die Abgabe einer Bürgschaft durch in Deutschland lebende Verwandte oder Dritte. Diese verpflichteten sich, für Sozialleistungen geradezustehen. Offenbar wussten aber viele Bürgen nicht, welche Kosten auf sie zukommen. Sie wurden falsch beraten. Die Jobcenter verschickten Bescheide in teils fünfstelliger Höhe an Betroffene.

Ende Januar hatte sich die Bundesregierung mit Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Hessen darauf geeinigt, die Bürgschaftskosten zu übernehmen – allerdings nicht generell, sondern nach vorheriger Prüfung des Einzelfalls, stellte das Bundesarbeitsministerium klar (NOZ vom 21. Februar 2019, 2).

207. Mehrheit der Abschiebungen gescheitert. Von den 57 035 vorgesehenen Abschiebungen kamen 30 921 nicht zustande, wie ein Sprecher des Bundesinnenministeriums gestern sagte. Das entspricht einem Anteil von gut 54 Prozent. Minister Seehofer kündigte Gegenmaßnahmen an.

Gründe waren laut Seehofer, dass die Betroffenen nicht auffindbar waren oder nicht über die erforderlichen Reisedokumente verfügten. Im vergangenen Jahr wurden zudem 3 220 Rückführungen kurz vor der Abreise abgebrochen. Der häufigste Grund dafür sei „aktiv passiver Widerstand“ der Abzuschiebenden gewesen (NOZ vom 25. Februar 2019, 2).

208. AfD siegt im Rechtsstreit mit Verfassungsschutz. Das Verwaltungsgericht Köln gab gestern einem Eilantrag der Partei statt und untersagte es dem Bundesamt, die AfD weiter so zu bezeichnen. Das Gericht sah darin einen rechtswidrigen Eingriff in die Rechte der Partei. Der Bezeichnung als Prüffall komme in der Öffentlichkeit eine „negative Wirkung“ zu. Da die Behörde eine Unterlassungserklärung abgelehnt habe und ihr Vorgehen für

rechtmäßig halte, bestehe auch Wiederholungsgefahr, erklärten die Verwaltungsrichter. Die Bundesbehörde hatte Mitte Januar mitgeteilt, dass die Gesamtpartei der AfD als „Prüffall“ eingestuft werde (Az. 13 L 202/19).

Die Chefin der AfD-Bundestagsfraktion, Alice Weidel, forderte nach der Entscheidung die Absetzung des Verfassungsschutzpräsidenten Thomas Haldenwang (NOZ vom 27. Februar 2019, 1).

209. Wohnsitzauflage soll auf Dauer gelten. Die 2016 zunächst nur vorläufig beschlossene Wohnsitzauflage für Flüchtlinge soll dauerhaft bestehen bleiben. Das hat das Kabinett beschlossen. Der Bundestag muss noch zustimmen. Die Regelung sieht vor, dass anerkannte Schutzsuchende für drei Jahre in dem Bundesland bleiben müssen, in dem sie ihr Asylverfahren durchlaufen haben. Die Länder können auch Vorgaben zum genauen Wohnort machen. Für Betroffene mit nahen Angehörigen an anderen Orten oder mit einer Arbeit gibt es Ausnahmen (NOZ vom 28. Februar 2019, 2).

210. Sicherheitspolitiker fordern Sondergefängnisse für IS-Rückkehrer. Der Vorsitzende des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Rene Müller spricht sich für „eine zentrale Anstalt für Untersuchungshäftlinge mit terroristischem Hintergrund“ aus. Spezielle Sicherungsmaßnahmen seien für diese islamistischen Kämpfer erforderlich. Außerdem sei die Deradikalisierung von Islamisten in deutschen Haftanstalten eine noch kaum geübte Praxis (Focus 9/2019, 7).

211. Abschiebung – Ein deutsches Desaster. Das große Versprechen, abgelehnte Asylbewerber und straffällige Ausländer konsequent abzuschicken, bleibt leer. Migranten leiden unter Willkür, Polizisten und Verwaltungsbeamte schlagen sich Tag für Tag mit den Mängeln des Systems herum, das im Klein-Klein des deutschen Föderalismus erstickt. Statt nüchtern und kooperativ ein Asyl-, Ausländerrechts- und Abschiebesystem ins Werk zu setzen, das für alle Beteiligten taugt, hat sich der Wirrwarr nur verschlimmert. In Deutschland stehen sich zwei gleichermaßen extreme Lager gegenüber, die im jeweils anderen den Teufel wittern. Auf der einen Seite steht ein mittlerweile fest etabliertes gesellschaftliches Milieu, das sich, angeführt von der AfD, inmitten eines von dunklen Mächten geplanten „Bevölkerungsaustauschs“ wähnt. Auf der anderen Seite eine ideologisch entgegengesetzte, ausländerfreundliche Fraktion, die keine nationalen Grenzen mehr kennt und alles stattdessen Handlungsmöglichkeiten rigoristischen Moralvorstellungen unterwerfen will. Zwischen diesen Polen, „alle Ausländer raus“ – „alle Ausländer rein“, lavieren die politischen Parteien, die das Schwarz – Weiß – Spiel vor Wahlen manchmal auch gern selbst inszenieren. Die handfeste Realität geht im dauernden Gezeter verschütt. (Bartsch/Bohr/Dahlkamp u.a. in DER SPIEGEL 10/2.3.2019, 13).

212. Acht weitere Staaten sollen „sicher“ sein. Für die Einstufung als sog. sichere Herkunftsstaaten für Asylbewerber kommen nach Angaben des Bundesinnenministeriums aktuell acht weitere Länder in Frage. Schutzsuchende aus Gambia, Pakistan, Marokko, Armenien, Georgien, Indien, Moldau und der Elfenbeinküste hatten demnach zuletzt regelmäßig eine Anerkennungsquote von weniger als fünf Prozent, wie ein Sprecher sagte. Damit kommen diese Länder potenziell für die im Koalitionsvertrag vereinbarte Ausweitung der Liste infrage. Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten können leichter aus Deutschland abgeschoben werden, Asylverfahren lassen sich schneller abwickeln (NOZ vom 7. März 2019, 1).

213. 5 000 Hinweise auf Kriegsverbrecher. Aus Kriegsgebieten sind nicht nur viele Opfer nach Deutschland gekommen, sondern auch einige Täter. Da die Mehrzahl der Asylbewerber ohne Papiere einreiste, fiel ihnen das Untertauchen leicht. Das heiße aber nicht, dass ihre Verbrechen ungesühnt blieben, sagte Seehofer. Laut Innenministerium gab das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) von 2014 bis Anfang 2019 rund 5 000 Hinweise auf „Straftaten nach dem Völkerrecht“ an das Bundeskriminalamt und den Generalbundesanwalt weiter. Die 2018 im BKA neu geschaffene Zentralstelle für die Bekämpfung von Kriegsverbrechen (ZBKV) sei bereits aufgestockt worden. Das „European Center for Constitutional and Human Rights“ (ECCHR) steht bundesweit mit Zeugen in Kontakt, die zu Folter und Kriegsverbrechern in den Gefängnissen Syriens Aussagen gemacht haben (NOZ vom 8. März 2019, 2).

214. Union streitet offen über Merkels Zukunft. Der Vorsitzende der konservativen Werteunion, Alexander Mitsch, rief die Kanzlerin auf, ihr Amt an die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer abzutreten. Die CDU-Chefin könne dann mit einem erneuerten Kabinett den notwendigen Politikwechsel für Deutschland einleiten, besonders in der Einwanderungs- und Wirtschaftspolitik (NOZ vom 12. März 2019, 1).

215. FDP pocht auf Sachleistungen. „Das Sachleistungsprinzip muss endlich konsequent umgesetzt werden“, sagte die Innenexpertin der Liberalen, Linda Teuteberg, unserer Redaktion. Sie wies darauf hin, dass insgesamt 486 000 Personen derzeit Asylbewerberleistungen beziehen, darunter 18 000 Ausreisepflichtige. Sie kritisierte vor diesem Hintergrund scharf, dass Asylbewerber statt Sachleistungen immer wieder Geld ausgezahlt bekämen, weil „Länder und Kommunen die Beschaffung von Dingen des allgemeinen Bedarfs zu mühsam ist“! Damit werde die vom Bundesverfassungsgericht gebilligte Regelung ausgehebelt, die einem Missbrauch staatlicher Leistung vorbeugen solle (NOZ vom 13. März 2019, 2).

216. Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat das Kopftuchverbot für Richterinnen und Staatsanwältinnen im Freistaat bestätigt (NOZ vom 19. März 2019, 2).

217. EuGH: Armut ist kein Grund gegen Abschiebung. Abschiebungen seien auch dann möglich, wenn sich die Lebensbedingungen nach der Rückkehr deutlich verschlechterten. Nur, wenn etwa die „extreme materielle Not“ ein so großes Ausmaß erreicht, dass es den Betroffenen nicht möglich ist, „ihre elementarsten Bedürfnisse zu befriedigen, wie insbesondere sich zu ernähren, sich zu waschen und eine Unterkunft zu finden, sei eine Rückführung nicht erlaubt“ (NOZ vom 20. März 2019, 4).

218. EU stoppt Marineeinsatz vor Libyen. Die EU stoppt ihren Marineeinsatz vor der libyschen Küste und kann damit auch keine Migranten mehr aus Seenot retten. Die Entscheidung sieht vor, bei der Anti – Schleuser – Operation „Sophia“ vorerst nur noch Luftaufklärung zu betreiben und libysche Küstenschützer auszubilden. Grund für das aus der Marine – Operation ist, dass sich die Mitgliedsstaaten nicht auf ein System zur Verteilung von aus Seenot geretteten Migranten einigen konnten. Die Regierung in Rom hatte das gefordert, weil Gerettete nach den aktuellen Einsatzregeln ausschließlich nach Italien gebracht werden. Opposition und Pro – Asyl protestierten (NOZ vom 28. März 2019, 4).

219. Flüchtlingsräte wehren sich gegen Union. Innenexperten der Union hatten gefordert, den Flüchtlingsräten die staatliche Unterstützung zu streichen. Sie begründeten das damit, dass die Initiativen Abschiebungen mit verhinderten. „Wir betreiben in Deutschland hohen Aufwand, um sicherzustellen, dass Schutzbedürftige auch wirklich Schutz erhalten“, sagte der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Mathias Middelberg (CDU) der „Welt“. Wenn aber festgestellt worden sei, „dass jemand keine humanitäre Hilfe benötigt, muss diese Person unser Land auch wieder verlassen. Es sei nicht hinnehmbar, wenn Flüchtlingsinitiativen zur Verhinderung von Abschiebungen beitragen. Das gelte „erst recht, wenn solche privaten Zusammenschlüsse Steuermittel unseres Gemeinwesens erhalten und dann gegen rechtskräftig getroffene Entscheidungen eben dieses Gemeinwesen agieren“ (NOZ vom 29. März 2019, 2).

220. Flüchtlinge kapern nach Rettung Frachtschiff. Der türkische Kapitän eines Handelsschiffes war auf dem Weg nach Tripolis/Libyen von einem Militärflugzeug aus auf in Seenot geratene Schlauchboote aufmerksam gemacht worden, Die Besatzung fischte daraufhin 108 Menschen (darunter 31 Frauen und Kinder) aus dem Wasser. Als die Flüchtlinge aber merkten, dass der Kapitän weiter nach Tripolis fahren wollte, kaperten sie das Schiff und erzwangen einen Kurswechsel Richtung Malta. Sie wollten auf keinen Fall nach Libyen zurück. Die maltesische Marine eskortierte das Schiff zum Hafen und nahm bei der Ankunft vier Männer fest (BILD-Zeitung vom 29. März 2019, 2).

221. Deutsche IS-Kämpfer verlieren Doppelpass: Keine doppelte Staatsbürgerschaft mehr. Deutsche sollen künftig ihre (deutsche) Staatsbürgerschaft verlieren, wenn sie für eine Terrormiliz wie für den IS kämpfen. Voraussetzung für den Passentzug ist, dass der Betroffene noch eine weitere Staatsbürgerschaft besitzt, denn Deutschland entlässt niemanden in die Staatenlosigkeit. Einen Entwurf verabschiedete das Bundeskabinett. Das Gesetz wird nicht rückwirkend gelten. Das heißt, für mutmaßliche IS-Angehörige, die jetzt in Syrien oder im Irak in Gefangenschaft sind, ändert sich nichts (NOZ vom 4. April 2019, 2). Betroffen sind aber Terrorkämpfer, die sich schon im Ausland aufhalten und nach Inkrafttreten des Gesetzes an Kampfhandlungen teilnehmen. Der Verlust der deutschen Staatsbürgerschaft „soll vor allem auch abschreckende Signalwirkung für Ausreisewillige IS-Unterstützer haben“ sagte Regierungssprecher Steffen Seibert (Westfälische Nachrichten vom 4. April 2019, 2).

222. Immer weniger schaffen Deutschtets. Der Anteil der Zuwanderer, die die Deutschtets im Rahmen von Integrationskursen nicht erfolgreich beenden, ist in den Jahren 2016 bis 2018 kontinuierlich auf inzwischen mehr als die Hälfte gestiegen. 2018 waren es 172 471 Teilnehmer, von denen 88 867 das Niveau B1 nicht erreichten. Das waren 51,5 Prozent. Ein Abschluss mit B1-Niveau wird unter aufenthaltsrechtlichen Gesichtspunkten als erfolgreiche Teilnahme gewertet, sagte ein Sprecher des Bundesinnenministeriums. Auch bei denjenigen, die die Kurse wiederholen, erreichte ein erhöhter Anteil der Teilnehmer das angestrebte Ziel nicht. 2018 schafften es danach 74,7 Prozent wieder nicht. B1 bedeutet, dass bei klarer Sprache Hauptpunkte von Aussagen verstanden werden (NOZ vom 12. April 2019, 1).

223. „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“: Das Bundeskabinett billigte gestern dieses „zweite Gesetz zur besseren Durchführung der Ausreisepflicht“ von Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) und eine Neuregelung zur besseren Integration aus dem Haus von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD).

Das „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ soll dazu beitragen, die Zahl der Abschiebungen zu erhöhen. Es sieht vor, den Druck auf Asylbewerber, die vollziehbar ausreisepflichtig sind, deutlich zu erhöhen. Künftig müssen solche Asylbewerber mit Sanktionen rechnen, wenn sie nicht an der Beschaffung ihrer Reisedokumente mitwirken oder eigene finanzielle Mittel verschwiegen haben. Die Verletzung der Mitwirkungspflichten während des Asylverfahrens kann auch in größerem Umfang als bisher zu Leistungseinschränkungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz führen, zu Arbeitsverboten und längerem Verbleib in Ersteinrichtungen. Außerdem führt das Gesetz eine neue Kategorie ein: die „Duldung für Personen mit ungeklärter Identität“. Liegen wiederholte Straftaten vor, ein Verstoß gegen Auflagen oder fehlt eine feste Anschrift, soll künftig erweiterte Sicherungshaft drohen. Neu eingeführt wurde die „Mitwirkungshaft“. Zur Abschiebung soll die Verurteilung zu einer Haftstrafe von sechs Monaten reichen, bisher war es ein Jahr. Anders, als im EU – Recht vorgeschrieben, sollen Abschiebehäftlinge zudem drei Jahre

lang auch in gewöhnlichen Haftanstalten untergebracht werden können, aber abgetrennt von Strafgefangenen. In Zukunft sollen die Behörden auch lebenslange Wiedereinreisesperren für Intensivtäter verhängen können. Von den Grünen kam Kritik (Süddeutsche Zeitung vom 18./19. April 2019, 6; FAZ vom 18. April 2019, 1; NOZ vom 18. April 2019, 4).

224. Grüne streiten über Kurs in Flüchtlingspolitik. Der (grüne) Oberbürgermeister von Tübingen Boris Palmer sagte unserer Redaktion: „Multikulti-Romantik vertritt bei uns niemand. Aber gerade im Abwehrkampf gegen die AfD und wachsende Fremdenfeindlichkeit fiel es uns bislang schwer, Probleme mit jungen geflüchteten Männern klar zu benennen“. In einem Diskussionspapier der Abgeordneten Ekin Deligöz und der Juristin und Obfrau im Rechtsausschuss, Manuela Rottmann, wird vor allem das Frauenbild mancher Gruppen in Frage gestellt, „die zu uns kommen“. Viele Geflüchtete kämen aus muslimisch geprägten Gesellschaften, viele junge Geflüchtete begingen erhebliche Gewalttaten. Es sei nicht zu tolerieren, wenn bestimmte Gruppen ihre Missachtung von Frauenrechten aus kulturell – religiösen Werten speisten. „Einen ‚kulturellen Freischein‘ für Frauenfeindlichkeit gibt es nicht“. Oberbürgermeister Palmer fordert ganz deutlich: „Wir müssen von Geflüchteten genauso klar einfordern, die Frauenrechte zu achten, wie wir das von alten (gemeint wohl allen) weißen Männern tun müssen“ (NOZ vom 20. April 2019, 1).

225. Nur wenige Flüchtlinge kehren nach Syrien zurück. Danach stellten 2017 bundesweit 199 Menschen einen Antrag auf eine finanzielle Förderung ihrer „freiwilligen Ausreise“. Im ersten Quartal 2018 nahmen 77 Flüchtlinge aus Syrien diese Hilfe in Anspruch. Häufig würden „Heimweh, Integrationsschwierigkeiten oder die Erkrankung von Familienangehörigen“ als Gründe genannt, heißt es in einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen. Seit Beginn des Bürgerkrieges in Syrien 2011 haben etwa 5,7 Millionen Menschen das Land verlassen. In Deutschland wurden rund 780 000 von ihnen aufgenommen (NOZ vom 23. April 2019, 2).

226. Schärfere Strafen für Identitätstäuscher. Wer über seine Herkunft gelogen hat, soll künftig bis zu zehn Jahre nach der Einbürgerung seinen deutschen Pass verlieren können. Einen Entwurf für eine Reform des Staatsangehörigkeitsrechts will das Bundesinnenministerium im Frühherbst vorlegen. Damit komme man einem dringenden Wunsch der Länder nach, so Staatssekretär Helmut Teichmann. Für Identitätstäuscher gilt bisher eine Fünf-Jahres-Frist: Wer nach dieser Zeit auffliegt, verliert seine deutsche Staatsbürgerschaft nicht (NOZ vom 25. April 2019, 2).

227. Österreich koppelt Sozialhilfe an Sprachkenntnisse. Österreich kürzt die Sozialhilfe für Zuwanderer mit schlechten Deutschkenntnissen. Dadurch will die Regierung Anreize

zur besseren Integration in die Gesellschaft und die Arbeitsmärkte schaffen. Ein entsprechendes Gesetz beschloss der Nationalrat am Donnerstag mit der Mehrheit der Koalition aus der konservativen Volkspartei ÖVO und der Rechtspartei FPÖ. Die bisher Mindestsicherung genannten Leistungen heißen künftig wieder Sozialhilfe. Um zu vermeiden, dass EU-Bürger nur der Leistungen wegen ins Land kommen, gilt für sie eine Aufenthaltsfrist von fünf Jahren, bevor sie Hilfen beziehen können. Die Neuregelung trifft am 1. Juni 2019 in Kraft (FAZ vom 26. April 2019, 19).

228. 32 Afghanen nach Kabul abgeschoben. An Bord des Flugzeuges waren abgelehnte Asylbewerber. Es war die 23. Sammelabschiebung seit dem ersten Flug im Dezember 2016. Damit haben Bund und Länder 563 Männer nach Afghanistan zurückgebracht. Die Abschiebungen sind umstritten, da der Krieg gegen die radikalislamischen Taliban und die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) weitergeht (NOZ vom 26. April 2019, 2).

229. Studie: Mehr als jeder Zweite hat Vorbehalte gegenüber Asylsuchenden: „Die Mitte verliert ihre demokratische Orientierung“ resümieren die Autoren einer „Mitte-Studie“, welche die Friedrich-Ebert-Stiftung am Donnerstag in Berlin vorstellte. Ein wichtiger Gradmesser für rechtspopulistische Einstellungen sei für sie die Abwertung von „Fremden“. So ist der Anteil derjenigen, die sich abwertend über asylsuchende Menschen äußern, mit 54,1 Prozent so hoch wie nie seit 2011. Doch nur zwischen zwei und drei Prozent vertreten klar rechtsextremistische Einstellungen – das gilt für den Westen ebenso wie für den Osten Deutschlands. (NOZ vom 26. April 2019, 1 und 4; FAZ vom 26. April 2019, 4).

Kritik: Laut Politikforscher Prof. Jürgen Falter (Uni Mainz) offenbart die „Mitte-Studie“ nicht nur rechte Tendenzen, sondern auch „die Vorurteile derer, die sie durchgeführt bzw. interpretiert haben. Das ist schade“. Den Herausgebern der Untersuchung sei es eindeutig um „Effekthascherei“ und „Medienwirksamkeit“ gegangen (BILD-Zeitung vom 27. April 2019, 2).

230. Wo Intoleranz täglich auf dem Stundenplan steht. Für sein neues Buch - „Kinder des Koran: Was muslimische Schüler lernen“, hat „Tageschau“-Sprecher Constantin Schreiber über 100 Schulbücher aus muslimischen Ländern übersetzt und analysiert. Ergebnisse: viele Schulbücher vermitteln Hass auf Juden und Ungläubige – und begründen ihre Thesen mit dem Islam. In Afghanistan fließt deutsche Entwicklungshilfe in die Finanzierung von Büchern (BILD-Zeitung vom 3. Mai 2019, 3).

231. Das Europa „der zwei Geschwindigkeiten“ oder mehrerer Geschwindigkeiten spielt in den Überlegungen neuerdings wieder eine große Rolle [...]; klar ist: Auch ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten ist nur ein Euphemismus für ein Ende der

Europäischen Union, wie wir sie bisher kannten. Sie würde sich mit einem Knall auflösen, das verhinderte das Gespinnst der Verträge. Es wäre eher ein Prozess des Verwelkens (Maik Baumgärtner, Christian Esch et al. im SPIEGEL 22/2019, 24).

232. Ende 2018 lebten 72,9 Millionen deutsche und 10,1 Millionen ausländische Bürger in Deutschland (NOZ vom 28. Juni 2019, 2).

233. Nach einem peinlich langen Personalpoker hat die scheinbar schon hoffnungslos abgeschlagene Angela Merkel ein Ass aus dem Ärmel gezogen. Sie fand eine totale Mehrheit für die Idee, die in Brüssel geborene und aufgewachsene Ursula von der Leyen als Präsidentin der EU-Kommission nach Brüssel zu schicken. Das ist ein Pluspunkt für Deutschland, ein Prestigegewinn für die CDU und ein Sieg für Angela Merkel (Focus-Gründungschefredakteur Helmut Markwort in Focus 28/2019, 130).

234. Bevölkerungsexplosion durch Geburtenkontrolle stoppen. EU-Kommissar Christos Stylianidis schlägt in einem Interview mit der NOZ vor „über Geburtenkontrolle ins Gespräch zu kommen“. Nach UN-Schätzungen verdoppelt sich die Bevölkerung Afrikas in den kommenden 30 Jahren von 1,3 Milliarden auf 2,6 Milliarden. Nahezu ähnlich sieht es in asiatischen und südamerikanischen Staaten aus. Der Migrationsdruck nach Europa, in den USA, nach Kanada [...] wird immens steigen. Die Lösung liegt ganz allein in den Herkunftsländern. Dort muss die Bevölkerungsexplosion durch sofortige und wirkungsvolle Geburtenkontrolle gestoppt werden [...] Entwicklungshilfe und Unterstützungen für die betroffenen Staaten muss zwingend mit überprüfbarer Geburtenkontrolle verknüpft werden. Nur dann macht Entwicklungshilfe (als Hilfe zur Selbsthilfe) Sinn und kann nachhaltig sein (NOZ vom 27. Juni und 9. Juli 2019, 8).

235. Von der Leyen wird Kommissionspräsidentin. Die CDU-Politikerin wurde am Dienstagabend im Europaparlament mit knappem Ergebnis in das Amt gewählt. Die 60jährige kann damit am 1. November (2019) die Nachfolge des Luxemburgers Jean-Claude Juncker antreten – als erste Frau in dieser Position (NOZ vom 17. Juli 2019, 1).

236. Von der Leyens erster Fehlgriff? Grüne EU-Abgeordnete werfen ihr rechtspopulistische Wortwahl vor. Auslöser ist die Bezeichnung des Ressorts, in dem es um die Migrationspolitik gehen soll. Bisher trug der Verantwortungsbereich die schlichte Überschrift „Migration, Inneres und Bürgerschaft“. Von der Leyen nannte ihn dagegen „Schützen, was Europa ausmacht“. Im Englischen lautet die Bezeichnung „Protecting our European way of life“ (Schutz unserer europäischen Lebensart). „Spielt von der Leyen damit die europäische Lebensart gegen Migranten aus?“ heißt es in der NOZ (vom 14. September 2019, 2).

237. Migration. Die Unionspolitiker erkennen Horst Seehofer nicht wieder. Die Abgeordneten hätten viele Fragen an den Minister, zum Beispiel zu seinem jüngsten Vorschlag, von dem die meisten erst aus der Zeitung erfahren haben: Deutschland solle jeden vierten von NGO-Schiffen aus dem Mittelmeer geretteten Flüchtling aufnehmen. Viele konservative Abgeordnete sind irritiert bis enttäuscht, sie verstehen seine Wandlung nicht. Noch vor einem Jahr, vor der bayerischen Landtagswahl, hatte Seehofer so erbittert für seinen „Masterplan Migration“ und die Zurückweisung von Asylbewerbern an der Grenze gestritten, dass daran sogar beinahe die Fraktionsgemeinschaft zerbrochen wäre. Jetzt fühlen sie sich von ihrem alten Häuptling im Stich gelassen. Der Seehofer von früher schimpfte auf die Starrköpfigkeit und Undankbarkeit der Kanzlerin, „der Person, der ich in den Sattel geholfen habe“. Der neue Seehofer sagt, dass nur große Menschen die großen Probleme unserer Zeit strukturiert lösen könnten. „Und Angela Merkel ist ein so großer Mensch“. Es scheint, als sähe er in der einstigen Gegnerin nun seine wichtigste Unterstützerin. Was ist da passiert? (DER SPIEGEL 40/2019, 26).

III. Das „Migrationspaket“ der GroKo von Pfingsten 2019 als gelöster „gordischer Knoten“?

Nach hitzigen Debatten hat der Bundestag (mit unterschiedlichen Mehrheiten) eine Reihe von Neuregelungen zu Asyl, Arbeitsmigration und Abschiebungen beschlossen. Bundesinnenminister Seehofer bezeichnete das Gesetzespaket als „Zäsur in unserer Migrationspolitik“. Zu dem Paket gehören insgesamt sieben Einzelgesetze von denen besondere Relevanz zugesprochen wurde:

- dem „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ (A 223),
- dem „Fachkräfteeinwanderungsgesetz“,
- dem „Integrationsgesetz“,
- sowie Gesetzen zum Asyl- und Aufenthaltsrecht.

Exemplarische Einzelregelungen:

- erstens: Termin und Ablauf von Abschiebungen sollen künftig Dienstgeheimnisse sein, deren Weitergabe strafbar ist,
- zweitens: Flüchtlinge, die nicht an der Klärung ihrer Identität mitwirken oder die Beschaffung von Reisedokumenten hintertreiben können Sozialleistungen gekürzt werden.
- drittens: die Möglichkeiten der Abschiebehaft werden erweitert. So wird das Trennungsgebot für Straf- und Abschiebehaft für drei Jahre aufgehoben und den Bundesländern überlassen, ob sie Menschen in Abschiebehaft in normalen Gefängnissen unterbringen.
- viertens: Die Voraussetzungen für den Ausreisegewahrsam sind künftig schon dann gegeben, wenn das festgelegte Ausreisedatum um 30 Tage überschritten ist.

- fünftens: Die Behörden erhalten zum ersten Mal in allen Ländern das Recht, mit Zustimmung eines Richters auf der Suche nach Abzuschiebenden im Extremfall Wohnungen zu betreten.
- sechstens: Flüchtlingen, die in einem anderen EU-Land anerkannt sind, werden die Leistungen gekürzt, um Druck auszuüben Deutschland zu verlassen.
- siebtens: Neu ist der Status einer „Duldung für Personen mit ungeklärter Identität“ für Personen, die ihre Abschiebung durch Täuschung der Behörden zu verhindern versuchen;
- achtens: anerkannte Asylbewerber können auch weiter zum Wohnen an einem bestimmten Ort verpflichtet werden: Ziel ist es auch zu verhindern, dass Viertel entstehen, in denen fast ausschließlich Migranten wohnen.
- neuntens: Abgelehnte Asylbewerber, die nach 2015 und 2016 in Betrieben ausgebildet und angestellt worden sind, können nach einer Stichtagsregelung (1. August 2018) hierbleiben (Beschäftigungsduldung mit Bleibeperspektive). Fachkräfte, die noch nach Deutschland einreisen möchten und deutsch hinreichend können, sollen sich innerhalb von sechs Monaten einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz suchen dürfen.
- Zehntens: Die Beschränkung auf Engpassberufe soll ebenso entfallen, wie die Vorrangprüfung, bei der geprüft wird, ob auch Deutsche oder auch andere EU-Bürger für eine Stelle infrage kommen.
- elftens: Doppelstaatler, die sich einer Terrormiliz wie dem sog. Islamischen Staat (IS) anschließen, kann der deutsche Pass abgenommen werden.
- zwölftens: die Rücknahmefrist für erschlundene Einbürgerungen soll von fünf Jahre auf zehn Jahre verlängert werden.
- dreizehtens: Die Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes beinhaltet auch ein Einbürgerungsverbot für Ausländer, die in Mehrehe leben.
- vierzehntens: Damit Ausreisepflichtige vor einer geplanten Abschiebung nicht mehr untertauchen können, soll die Polizei mehr Befugnisse erhalten.

Am 28. Juni hat das Migrationspaket der Bundesregierung auch den Bundesrat passiert (NOZ vom 29. Juni 2019, 2).

Nach Stefan Braun (in der Süddeutschen Zeitung vom 8. Juni 2019, 4) „ist die Einigung nah dran an einem historischen Ereignis“; es „gehe um ein Feld der Politik, das spätestens seit 2015 so umkämpft war wie kein zweites“.

Kritische Stimmen: kamen aus den Oppositionspartien. Ulla Jelpke (Linke) nannte das Geordnete-Rückkehr-Gesetz eine „Anbiederung an Rassisten“. Die AfD zog in Zweifel, dass die Zahl der Abschiebungen wirklich steigen werde und warnte vor einer Einwanderung in die Sozialsysteme. Die Justizsenatoren von Hamburg und Berlin sowie der Thüringer Justizminister (alle Grüne) haben angekündigt, im Rechtsausschuss des Bundestags die Überweisung des „Geordnete-Rückkehr-Gesetzes“ an den Vermittlungsausschuss zu beantragen. Sie haben verfassungs-, europa- und völkerrechtliche Bedenken (Quellen: FAZ vom 8. Juni 2019, 4; DIE WELT vom 8. Juni 2019, 1; Süddeutsche Zeitung vom 8. Juni 2019, 4 und NOZ vom 5./8. Juni 2019, beide S. 2).

Die Sicherung der Außengrenzen der EU wird immer wieder als Abschottung i.S. einer

„Festung Europa“ kritisiert. Dazu schreibt Bernd Walter, früherer Grenzschutzpräsident (2018, 506/507):

„Die immer wieder strapazierte Metapher von der Festung Europa ist mit wirksamer Abwehr und Zutrittsverhinderung konnotiert. Tatsächlich aber mangelt es der EU zurzeit an einer wirksamen Strategie, den Zustrom irregulärer Migranten über das Mittelmeer zumindest zu kontrollieren. Die Tore stehen weit offen“ (wird mit Fakten belegt).

Schlussbemerkung zur Migrationsproblematik

Die Verfasser dieses Bandes gehen davon aus, dass sich im Rahmen der (europäischen) Migrationspolitik letztlich die Begrenzungsperspektive durchsetzen wird: hin zur „Festung Europa“. Das mag man bedauern. Aber realistisch ist eher, dass sich die „Politik der offenen Grenzen“ (nicht nur längerfristig betrachtet) schon deshalb nicht durchhalten lässt, weil sie die Bevölkerung der EU zunehmend nicht mittragen wird. Die Integration (bzw. Assimilation) so vieler Menschen (mit anderem kulturellem Hintergrund) ist jedenfalls eine weltfremde Erwartung. Weiter verstärken dürften sich der sog. „Kampf der Kulturen“ und die Veränderung der Parteienstruktur. Der Migrationsdruck der Wirtschafts- und Kriegsflüchtlinge wird vermutlich noch durch den der Klimaflüchtlinge (Ökomigration) in naher Zukunft drastisch erhöht (vgl. Zeitungsausschnitt unten). Andererseits könnte die Entwicklung auch dazu führen, dass die EU-Staaten wieder näher zusammenrücken. Alles übertrieben betrachtet? Mag sein, aber Prognosen besitzen auch eine Warnfunktion, die politische Entscheidungen beeinflussen kann.



Aus: NOZ vom 30. August 2019, 1.

Am 25. Sept. 2019 bestätigt (NOZ vom 26. Sept. 2019, 1)